An der Schwelle zum neuen Jahrtausend steht die Schweiz vor einer Reihe grosser Herausforderungen: Arbeitslosigkeit, Globalisierung und Wertewandel, aber auch die hohe Staatsverschuldung der Industriestaaten, der steigende Steuerdruck und das ungelöste Asylproblem sind zentrale Themen, mit denen sich die politischen Parteien heute auseinandersetzen müssen. Die SVP betrachtet die Herausforderungen als Chance für unser Land, seine Stärken unter Beweis zu stellen.

Die Vision der SVP für das nächste Jahrtausend ist eine Schweiz der direkten Demokratie, des lebendigen Föderalismus und der Vielfalt; eine Schweiz des soliden Mittelstandes und des Freiraums für Bürgerinnen und Bürger; eine Schweiz, in der Junge und Alte zueinander stehen und alle Bewohnerinnen und Bewohner in Unabhängigkeit, Sicherheit und Freiheit leben können. Grundlage dafür ist eine unabhängige und neutrale Schweiz mit einem bürgernahen Staat, welcher die Eigenverantwortung des Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Die SVP nimmt ihre Verantwortung als Regierungspartei wahr. Ihr Ziel ist es, Halt zu geben und Identität zu schaffen und damit auch ein politisches Gegengewicht zur Globalisierung zu setzen. Die SVP stellt den Menschen ins Zentrum und baut auf christliche Grundwerte. Menschenwürde und Moral sollen Entwicklung und Fortschritt bestimmen. Mit Verantwortungsbewusstsein und Solidarität auf der einen, Eigenverantwortung und Fairness auf der anderen Seite können wir die Zukunft aller sichern.

Für die SVP gilt: Vertrauen auf Bewährtes, Freiraum für Neues. Die SVP hat Vertrauen in die Stärken der Schweiz, in die Kraft des Mittelstandes und in die Leistungsfähigkeit der Jugend. Die SVP setzt sich ein für mehr Raum für Eigenverantwortung und Unternehmergeist, für kreative Lösungen und Innovationen, für Handlungsfreiheit des Gewerbes und der Landwirtschaft.

Die SVP nimmt das Wahljahr 1999 zum Anlass, um mit 19 Themen und 99 Standpunkten den Weg der Schweiz in die Zukunft zu weisen.

INHALT:

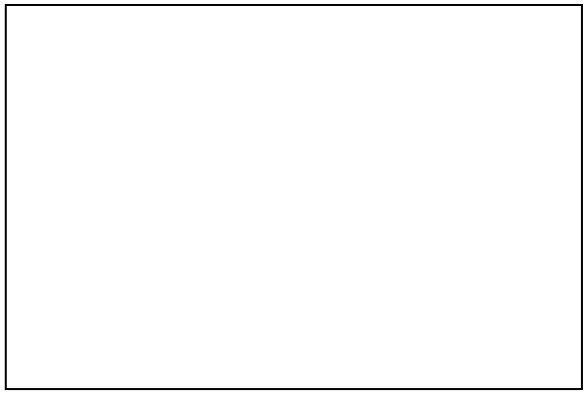
ARBEIT..... 4
ASYL- U. AUSLÄNDERPOLITIK... 6
BILDUNG UND FORSCHUNG..... 8
ENERGIE U. UMWELT..... 10
EUROPA..... 12
FINANZEN..... 14
GESELLSCHAFT U. FAMILIE..... 16
GESUNDHEIT..... 18
KOMMUNIKATION U. MEDIEN.... 20
KULTUR U. BRAUCHTUM..... 22
LANDWIRTSCHAFT..... 24
SICHERHEIT..... 26
SOLIDARITÄT..... 28
SOZIALE SICHERHEIT..... 30
SPORT..... 32
STAAT..... 34
STEUERN..... 36
VERKEHR..... 38
WIRTSCHAFT, GEWERBE UND TOURISMUS..... 40

ARBEIT

Arbeit ist – zusammen mit Leistungswillen, Eigenverantwortung, Ausbildung und Weltoffenheit – die Grundlage der Erfolgsgeschichte der Schweiz. Nur eine gesunde, konkurrenzfähige Wirtschaft garantiert Arbeitsplätze. Dem Staat obliegt es, die nötigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Auf Grund der Verschlechterung dieser Rahmenbedingungen ist die Arbeitslosigkeit zu einem langfristigen Problem für unser Land geworden. Die Arbeitslosenquote ist zwar gesunken, beträgt aber immer noch über 3%. Gleichzeitig wird die Schwarzarbeit mehr und mehr zum Thema. Verheerend ist auch das trotz sinkender Arbeitslosenzahlen unverändert grosse Loch in der Arbeitslosenkasse. Hier muss etwas geschehen.

Die Arbeitslosenkasse - ein Fass ohne Boden

Die Arbeitslosenversicherung soll echten Arbeitslosen Hilfe bieten. Je nach Ausgestaltung kann sie jedoch auch zu höheren Arbeitslosenzahlen führen und entsprechende Kosten verursachen. Eine zu lange Bezugsdauer erschwert die Wiedereingliederung. Dagegen würden eine erklärte Ausrichtung auf Zwischenverdienste sowie abgestufte Stempelgelder dazu beitragen, die Arbeitslosenversicherung in den Dienst einer möglichst hohen Beschäftigung zu stellen. Der Grundsatz „Arbeit vor Stempelgeld“ muss klar im Vordergrund stehen. FDP, CVP und SP versprachen 1995 bei der Revision der Arbeitslosenversicherung bis zum Wahljahr 1999 eine ausgeglichene Rechnung. Die Warnungen der SVP wurden in den Wind geschlagen. Heute stehen wir vor einem eigentlichen Finanzdebakel der Arbeitslosenversicherung.



Die Arbeitslosenkasse – ein Fass ohne Boden

Eine Erhöhung des Beitragssatzes löst das Problem der Arbeitslosenkasse nicht. Vielmehr sind aus der Sicht der SVP folgende Massnahmen zu ergreifen:

- Beschränkungen der Bezugsmöglichkeiten bei Doppelverdienern mit höheren Einkommen
- Längere Karenzfristen
- Reduktion der Leistungen für Personen ohne Unterstützungspflichten
- Anpassung der Leistungen in Höhe und Dauer
- Wirksame Bekämpfung der Missbräuche
- Ausweitung der Zumutbarkeit
- Effiziente Eingliederung der älteren Arbeitslosen durch gezielte Zusatzleistungen

Ziel muss sein, die Lohnprozente zu senken und die Leistungen von Bund und Kantonen an die Arbeitslosenkasse auf 0 zu reduzieren.

Arbeit vor Stempelgeld

Die Massnahmen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen sind ungenügend und ineffizient. „Beschäftigungs“-Programme werden ihrem Namen allzu oft gerecht: Anstatt Fachwissen zu erhalten und zu fördern und damit die Wiedereingliederung zu erleichtern, bieten sie lediglich

Beschäftigung. Ebenso fragwürdig ist oftmals das Angebot an Weiterbildungskursen.

Mit unterschiedlichem Erfolg funktioniert die Vermittlung von Stellen durch die regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV). Gerade in kleineren Gemeinden sind dezentrale Lösungen fallgerechter. Die SVP wendet sich deshalb gegen die generelle Einführung von zentralisierten Systemen.

Der besonderen Situation angepasste Hilfe benötigen die Arbeitslosen über 50. In dieser Altersgruppe gibt es mindestens dreimal mehr Langzeitarbeitslose als bei jüngeren Arbeitslosen. Besondere Massnahmen zur Wiedereingliederung sind hier also dringend notwendig. Befristete Lohnkostenzuschüsse sind eine mögliche Lösung. Ebenso erhöhte steuerliche Abzugsmöglichkeiten für Firmen, die solche Stellensuchende einstellen. Die Stempelgeldzahlung bis zur Aussteuerung darf nur eine Notlösung sein.

Flexiblere Arbeitszeiten für alle

Arbeit und Freizeit haben sich in den letzten Jahrzehnten verändert. In diesem Bewusstsein hat die SVP schon vor zehn Jahren flexible Arbeitszeitformen gefordert. Innovative Modelle in diesem Bereich dürfen nicht mit starren Regelungen behindert werden. Individuelle Arbeitszeit- und Ferienmodelle bringen Vorteile für alle. Mögliche Formen sind: Jahresarbeitszeit, flexible Wochenarbeitszeit, flexibler Langzeiturlaub sowie flexible Ein- und Austritte ins bzw. aus dem Erwerbsleben. Solche Modelle können nicht nur zur Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern auch zur Lösung der Probleme von kleinen und mittleren Unternehmungen sowie Saisonbetrieben beitragen. Eine generelle Arbeitszeitverkürzung dagegen brächte nur mehr Arbeitslosigkeit, indem sie zu weiteren Rationalisierungen und somit zu einer zusätzlichen Vernichtung von Arbeitsplätzen führen würde.

Arbeitsplätze statt Leerläufe

—

Lohn statt Stempelgelder

STANDPUNKTE:

01 **Die SVP setzt sich für eine wirtschaftsfreundliche Politik ein, die Arbeitsplätze schafft**

02 **Die SVP fordert eine Sanierung der ALV und eine Reduktion der Lohnabzüge durch**
- **Effiziente Eingliederung der älteren Arbeitslosen durch gezielte Zusatzleistungen**
- **Reduktion der Leistungen für Personen ohne Unterstützungspflichten**
- **Beschränkungen der Bezugsmöglichkeiten für Doppelverdiener mit höheren Einkommen**
- **Längere Karenzfristen**
- **Anpassung und Abstufung der Leistungen**
- **Ausweitung der Zumutbarkeit**
- **Bekämpfung der Missbräuche**

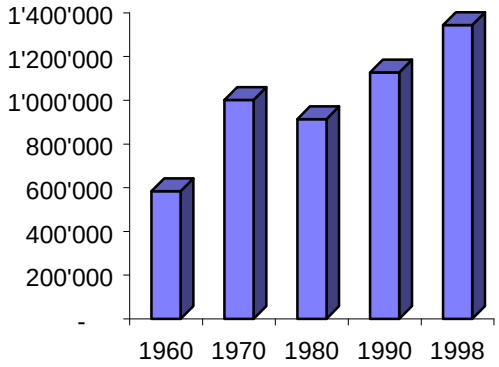
03 **Die SVP befürwortet flexible Arbeitszeit- und Ferienregelungen**

04 **Die SVP fordert eine dezentrale, fallgerechte Arbeitsvermittlung**

05 **Die SVP bekämpft Schwarzarbeit**

ASYL- UND AUSLÄNDERPOLITIK

Die Schweiz weist nach Luxemburg und Liechtenstein den mit Abstand höchsten Ausländeranteil Europas auf. Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in unserem Land macht inzwischen über 20 % der Bevölkerung aus. Wir sind an der Grenze der materiellen und sozialen Integrationskapazität. Neben dem steigenden Ausländeranteil führt auch der zunehmende Asylmissbrauch zu wachsendem Unmut in der Bevölkerung. Der soziale Frieden im Land ist gefährdet. Die SVP will dieser Entwicklung mit einer konsequenten Asyl- und Ausländerpolitik entgegenwirken.

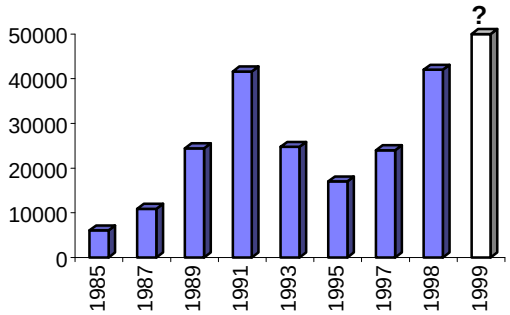


Die Ausländerzahl steigt und steigt und steigt...

Kampf der Fremdenfeindlichkeit, aber richtig

Die Schweiz ist durch ihren hohen Lebensstandard, ihre grosszügigen Sozialleistungen und ihre aufwendigen Verfahrens- und Asylrekursmöglichkeiten für illegale Einwanderer und Wirtschaftsflüchtlinge zu attraktiv. Der Bundesrat und andere Parteien wollten dies zu lange nicht wahrhaben. Illegale Einwanderung, Asylmissbrauch und auch Schwarzarbeit führen jedoch nicht nur bei der Schweizer Bevölkerung zu Kopfschütteln, sondern stossen auch jene ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor den Kopf, die seit Jahren in der Schweiz in Achtung der Gesetze und Sitten leben und arbeiten.

Missbräuche des Gastrechts leisten einer Fremdenfeindlichkeit Vorschub, die letztlich alle zu spüren bekommen. Die Antirassismusstrafnorm löst dieses gravierende Problem nicht. Sie entpuppt sich als Symptombekämpfung, und durch den unpräzisen Tatbestand sogar als Maulkorb! Der Fremdenfeindlichkeit und dem Rassismus kann nur mit konsequenter Missbrauchsbekämpfung und der Stabilisierung des Ausländeranteils wirkungsvoll begegnet werden.



Wieviel Asylgesuche werden es dieses Jahr?

Asyl für echte Flüchtlinge

Menschen, welche in ihrem Land nachweislich an Leib und Leben bedroht sind und daher Schutz suchen, sollen in der Schweiz Asyl erhalten. Die Schweiz wird jedoch meistens aus anderen Gründen aufgesucht. Sie gilt weltweit als reiches Land mit unbegrenzten Möglichkeiten. Viele illegale Einwanderer versuchen deshalb, mit einem Asylantrag ein Bleiben in der Schweiz zu erzwingen. Diese offensichtlichen Missbräuche müssen durch effizienten Grenzschutz sowie einem griffigen Asylgesetz mit kurzen Verfahren und konsequentem Vollzug eingedämmt werden. Entgegen der bundesrätlichen Versprechungen wächst der Berg der Asylgesuche. Deshalb lanciert die SVP eine Initiative gegen Asylmissbrauch und zur Senkung der Attraktivität der Schweiz als Asylland.

Einwanderung mit Mass

Die Schweiz ist kein Einwanderungsland. Das Schweizer Mittelland gehört dennoch bereits jetzt zu den am dichtesten besiedelten Regionen weltweit. Mit den geltenden gesetzlichen Grundlagen kann nur ein kleiner Teil der Einwanderung gesteuert werden. Das geltende Ausländergesetz aus dem Jahre 1931 muss deshalb dringend aktualisiert werden. Neu zu regeln ist insbesondere der Familiennachzug: Für Familienangehörige ist eine Wartefrist von 5-7 Jahren einzuführen und für Kinder die Altersgrenze von 18 auf 14 Jahre zu senken. Damit würde ein erster Schritt zur langfristigen Senkung des Ausländeranteils getan.

Zur Integration gehören zwei

Die Integration ist ein Grundpfeiler jeder sinnvollen Ausländerpolitik. Sie funktioniert jedoch nur, wenn die Ausländerzahl die Möglichkeiten des Aufnahmelandes nicht sprengt. Zudem ist Integration nicht allein Aufgabe des Gastlandes. Sie obliegt auch dem Einwanderer selbst.

Die Integration im sozialen und kulturellen Bereich hängt kaum von staatlichen Fördermitteln ab. Sie basiert vielmehr auf der Bereitschaft der Immigrierenden, sich im Gastland einzuleben, aber auch der einheimischen Bevölkerung, den Fremden entgegen zu kommen. Grundlage dafür ist die ehrliche Information beider Seiten.

Fragwürdige Einbürgerungspraxis

Die SVP befürwortet die Einbürgerung integrierter Ausländerinnen und Ausländer. Zahlreiche Personen, welche mit den geltenden Verfahren eingebürgert werden, können jedoch nicht als integriert betrachtet werden. Einbürgerungsaktionen werden teilweise zur Beschönigung von Statistiken durchgeführt. Zudem ist manchmal nicht das Schweizer Bürgerrecht, sondern die Vorteile daraus das Ziel der Gesuchstellenden. Solche Vorgehensweisen müssen als Missbräuche bezeichnet werden und sind zu verhindern.

Für eine glaubwürdige und zukunftsorientierte Migrationspolitik

STANDPUNKTE:

06 **Die SVP lanciert eine Initiative zur Bekämpfung des Asylmissbrauchs und zur Verminderung der Attraktivität der Schweiz für Asylsuchende**

07 **Die SVP tritt für einen raschen Vollzug der Asylentscheide ein**

08 **Die SVP fordert wirksame Massnahmen zur effektiven Stabilisierung der gesamten ausländischen Bevölkerung auf dem Niveau von Ende 1998 unter Einhaltung des zwingenden Völkerrechts in der Schweiz, namentlich**

- **eine Revision des Ausländergesetzes**
- **die Neuregelung des Familiennachzugs**

09 **Die SVP verlangt eine Überprüfung der Antirassismusstrafnorm im Sinne einer Präzisierung des Tatbestandes**

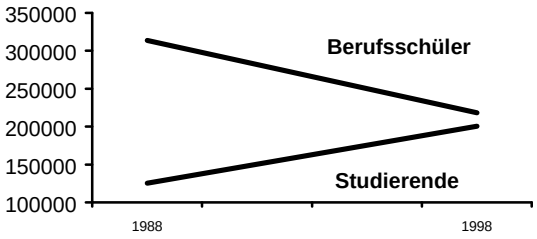
Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der Schweiz. Berufliches Wissen und Können bestimmen wesentlich die Leistungsfähigkeit unseres Landes. Ein sinnvolles Bildungssystem vermittelt nicht nur Wissen und Können, sondern auch Werte und Tugenden. Das hohe Bildungsniveau der Schweiz ist auch in Zukunft zu halten. Die beschränkten finanziellen Mittel sind deshalb auf allen Stufen so effizient wie möglich einzusetzen. Dazu gehört auch die Bereitschaft, Strukturen zu verändern.

Wo bleibt die Qualität der Volksschule?

Die Qualität der Ausbildung in öffentlichen Schulen sinkt. Leistungsanreize wurden vielfach verbannt. Die Vermittlung von traditionellen Werten und Tugenden wie Verlässlichkeit, Disziplin und Respekt ist verpönt. Dies erschwert auch die Arbeit der Lehrkräfte und führt zu einem Mangel an motivierten Lehrerinnen und Lehrer, welche noch die ursprüngliche Vorbildfunktion wahrnehmen wollen. Nur eine leistungsorientierte Schule kann auf eine leistungsorientierte Gesellschaft vorbereiten. Unterschiedlichen Begabungen ist deshalb Rechnung zu tragen.

Ein besonderes Problem stellt die steigende Zahl ausländischer Schüler dar. Ausländische Kinder müssen, wenn nötig, mit Sprachkursen auf den Schulunterricht vorbereitet werden. Sie sollten zudem primär nach Fähigkeiten und nicht nur nach dem Alter eingestuft werden. Wo nötig, sind spezielle Klassen einzurichten für ausländische Schülerinnen und Schüler, die der Landessprache nicht mächtig sind, damit der Unterricht der Schweizerkinder nicht zu leiden hat.

Wichtiger Baustein der Grundausbildung ist in der mehrsprachigen Schweiz der Unterricht der Landessprachen. Nur so kann auch in Zukunft die Mehrsprachigkeit der Schweiz als Vorteil genutzt werden. Hochstehender Unterricht in der Muttersprache und eine Landessprache als erste Fremdsprache sind unabdingbar.



Zu viele Studierende – zu wenig Berufsschüler

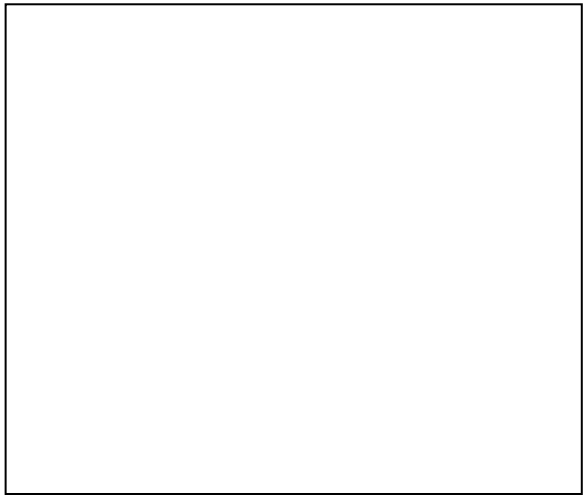
Berufsbildung und Universität

Höhere Schulabschlüsse und insbesondere Hochschulstudien erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Unsere Hochschulen platzen aus allen Nähten. Die Qualität der Ausbildung sinkt damit unweigerlich. An den Universitäten werden immer mehr junge Leute über lange Jahre hinweg am Arbeitsmarkt vorbei ausgebildet.

Diesem Trend ist dringend mit Massnahmen auf verschiedenen Stufen entgegenzuwirken: Der Zugang zu den Mittelschulen ist nicht weiter zu erleichtern, die Berufsbildung muss attraktiver werden, die Studien sind straffer und praxisnaher zu gestalten. An der bewährten Berufslehre mit Ausbildung in Betrieb, Einführungskurs und Berufsschule ist festzuhalten. Die Berufsbildung muss sich aber den veränderten Anforderungen der neuen Berufe anpassen. Innovationen sind nötig, damit auch in neuen Berufsfeldern wie beispielsweise der Telematik ein attraktives Angebot bereit gestellt werden kann.

Gleichzeitig sind Massnahmen zur Förderung von Betrieben, die Lehrlingen gute Ausbildungsmöglichkeiten bieten, zu ergreifen: Solche Firmen sind in Submissionsverfahren besonders

zu berücksichtigen. Administrative Hürden bei der Lehrlingseinstellung sind möglichst zu beseitigen.



Bildung und Forschung für die Zukunft der Schweiz

Ja zum Forschungsplatz Schweiz

Die Schweiz verfügt weltweit über die höchste Dichte an Nobelpreisträgern und nimmt in der Grundlagenforschung eine Spitzenposition ein. Es gilt, diesen Platz der Schweiz in der Welt weiterhin zu behaupten, denn Forschung ist der Schlüssel zu wirtschaftlichem Erfolg. Dazu ist nicht nur der Erhalt, sondern ein Ausbau des Forschungsstandorts Schweiz nötig. Primär

müssen günstige Rahmenbedingungen für die Forschung gesichert werden. Den Betrieben ist ein grosszügiges Umfeld zu schaffen, in dem sie in die Forschung investieren können. Fortschritte dürfen nicht durch Überängstlichkeit behindert werden, sondern sind als Chance zu nutzen.

Die von öffentlichen Geldern finanzierte Forschung sollte dem Markt und dem Praxisbezug genügend Gewicht beimessen. In Anbetracht der angeschlagenen Bundeskasse ist dabei ein verantwortungsvoller Umgang mit den finanziellen Ressourcen gefragt. Der überblick- und koordinierbaren Forschungsarbeit im eigenen Land ist gegenüber internationalen Projekten mit unklarer Verantwortlichkeit der Vorzug zu geben. Wünschenswert ist dabei auch eine engere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Privatwirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU). Entsprechende Projekte sind zu fördern.

Bildung und Forschung fürs nächste Jahrtausend!

STANDPUNKTE:

10 **Die SVP steht zu einem leistungsorientierten Bildungssystem**

11 **Die SVP setzt auf die Leistungsfähigkeit der Jugend**

12 **Die SVP verlangt mehr Zusammenarbeit von Universität und Privatwirtschaft**

13 **Die SVP tritt ein für eine engere Verbindung von Praxis und Forschung**

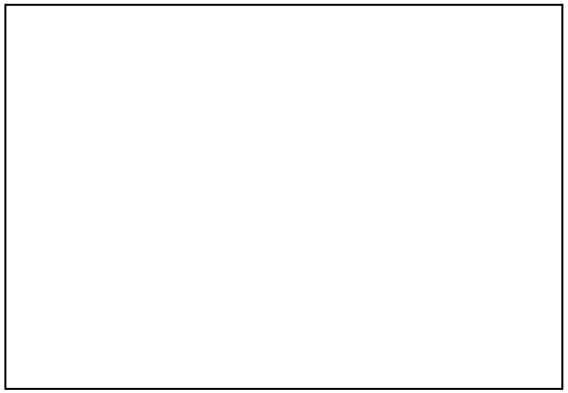
14 **Die SVP will eine attraktive, zukunftsorientierte Berufslehre**

15 **Die SVP fordert eine möglichst den sprachlichen Fähigkeiten angepasste Einschulung der Ausländerkinder, nötigenfalls in Spezialklassen**

16 **Die SVP setzt sich ein für die Förderung der Landessprachen im Grundschulunterricht**

ENERGIE UND UMWELT

Die Sicherung der Ressourcen für nachfolgende Generationen und damit die Nachhaltigkeit der Entwicklung der Schweiz ist ein wichtiges Anliegen. Unser Land nimmt im Bereich Umweltschutz bereits heute weltweit eine führende Rolle ein: Es gelten strenge Grenzwerte und die Forschung auf dem Gebiet rationeller Nutzung von Energie und Kraftstoff sowie alternativer Energiegewinnung hat grosse Erfolge erzielt. Es gilt nun, diesen Trend weiter zu führen ohne über das Ziel hinaus zu schiessen. Umweltschutz ist wichtig, darf aber nicht zur Blockierung der wirtschaftlichen Entwicklung führen.



Energiedrehscheibe Schweiz

Energie – günstig und umweltfreundlich

Ein wichtiges Ziel der Energiepolitik ist es, die Bevölkerung und die Wirtschaft mit günstiger Energie zu versorgen. Die Energieversorgung soll dabei ausreichend, sicher, breitgefächert, wirtschaftlich und umweltverträglich sein. Gleichzeitig ist auch auf einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch zu achten. Ein Schwergewicht muss künftig bei einer verstärkten Forschung auf dem Gebiet der effizienten, günstigen und umweltfreundlichen Energiegewinnung liegen. Der Förderung erneuerbarer Energien, insbesondere der Wasserkraft, kommt dabei vorrangige Bedeutung zu.

Die Marktöffnung im Bereich Energie ist rasch zu vollziehen. Gleichzeitig sind die Leitungsnetze zur Übertragung der Energie für alle Konkurrenten zu kostendeckenden Preisen zur Verfügung zu stellen. Der Wettbewerb garantiert eine optimale Energieversorgung. Die Schweiz darf den Anschluss an den liberalisierten Markt nicht verpassen. Sie muss internationale Energiedrehscheibe bleiben. Die Liberalisierung darf jedoch nicht die bisherigen Anstrengungen in der Energiepolitik zunichte machen. Dazu sind die notwendigen Leitplanken zu setzen und insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der Wasserkraft sicher zu stellen.

Ja zur Wasserkraft und zur Kernenergie

Die Erzeugung von Strom in der Schweiz erfolgt zu rund 60% aus Wasserkraft und zu rund 40% aus Kernkraft, umweltfreundlich und abgasfrei. Wasser ist der wichtigste erneuerbare Energieträger und Rohstoff unseres Landes. Von Bedeutung sind insbesondere die Speicherkraftwerke in den Alpen, die je nach Bedarf innert weniger Minuten in Betrieb genommen und wieder abgestellt werden können und so die notwendige Bereitstellung von Spitzenenergie gewährleisten. Wir verfügen dadurch über einen Wettbewerbsvorteil, den es im liberalisierten Markt, insbesondere auch in ausländischen Märkten zu nutzen gilt. Die SVP begrüsst daher die Anstrengungen hinsichtlich Erhalt und Erneuerung bestehender sowie den massvollen und umweltgerechten Bau neuer Wasserkraftwerke.

Wasserkraft – eine Ressource der Schweiz

Zu einer breitgefächerten Energiegewinnung gehört auch die Kernenergie. Auf absehbare Zeit steht für die Kernenergie kein gleichwertiger Ersatz zur Verfügung. Die Gefahr eines Reaktorunfalls ist dank unseren Sicherheitsvorschriften gering. Eine Abkehr von der Kernenergie oder eine Verlängerung des Moratoriums lehnt die SVP daher ab, solange das heutige Sicherheitsniveau gewährleistet werden kann. Die Schweiz muss in Forschung und Produktion von Kernenergie mithalten können. Für die anstehenden Probleme im Entsorgungsbereich sind Lösungen zu finden.

Vertrauen in den Umweltschutz

Die SVP beurteilt den erreichten Stand im Umweltschutz als gut. Bestehende Lücken sind zu schliessen. Die SVP lehnt aber immer neue, zusätzliche Auflagen und Vorschriften ab. Der Vollzug solcher Regelungen ist für viele KMU zu einer, auch administrativ, untragbaren Belastung geworden. Mindestens eine Vereinfachung der Vorschriften ist ohne Einbussen im Umweltbereich möglich. Die SVP fordert zudem eine Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts und verbindliche Fristen für die Erledigung von Einsprachen.

Die Energie-Umwelt- und Solarinitiative schiessen über das Ziel hinaus und sind deshalb abzulehnen.

Im Interesse der kommenden Generationen:
Eine starke Wirtschaft im Einklang mit der Natur

STANDPUNKTE:

17 **Die SVP fordert günstige Rahmenbedingungen für die Energieproduktion und –beschaffung der Schweiz**

18 **Die SVP setzt sich ein für den vernünftigen Schutz der Natur im Interesse der kommenden Generation**

19 **Die SVP befürwortet Massnahmen zur effizienten Nutzung aller Energien**

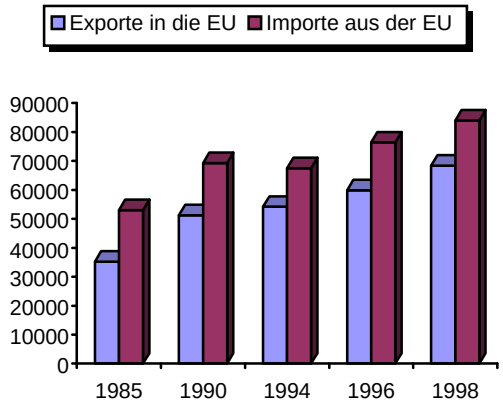
20 **Die SVP sagt ja zur weiteren Nutzung der Kernenergie**

21 **Die SVP unterstützt den Erhalt und die Erneuerung bestehender sowie den massvollen, umweltgerechten Bau neuer Wasserkraftwerke**

22 **Die SVP fordert eine Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts**

EUROPA

Die Schweiz ist mit allen europäischen Staaten kulturell und politisch eng verknüpft. Sie nimmt in Europa geographisch und wirtschaftlich eine wichtige Rolle ein. Als seriöser und vertrauenswürdiger Handelspartner und Produzent von qualitativ hochwertigen und exklusiven Produkten hat sie sich weltweit einen Namen gemacht. Unser Land gilt in vielen Bereichen als vorbildlich (Demokratie, Umweltschutz, soziale Sicherheit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit). Europa hat deshalb grosses Interesse an einem Beitritt des wichtigen und finanzstarken Handelspartners Schweiz zur Europäischen Union (EU).



Keine gravierenden Folgen des EWR-Nein

Aus Sicht der SVP ist ein Beitritt der Schweiz zur EU nicht anzustreben. Das 1992 eingereichte Beitrittsgesuch ist zurückzuziehen. Die SVP begrüsst aber die Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU in Form von ausgewogenen bilateralen Abkommen.

Die Diskussion um den EU- Beitritt wurde bisher vor allem auf emotionaler Ebene geführt, indem Isolierungsängste geschürt und Europaeuphorie verbreitet wurden. Die objektive Abwägung zeigt, dass die Nachteile deutlich schwerer wiegen als die allfälligen Vorteile.

Einige Vorteile…

Ein Beitritt zur EU würde die Zusammenarbeit der Schweiz mit Europa in verschiedenen Bereichen erleichtern. Der gegenseitige Marktzugang und der verbesserte Informationsaustausch eröffnen neue Möglichkeiten: Vorteile ergäben sich dabei insbesondere für die Exportwirtschaft durch den Abbau von Zollformalitäten. Sofern sich die EU-Staaten auf ein länderübergreifendes Verfahren einigen, würde auch der Kampf gegen die organisierte Kriminalität und gegen den Asylmissbrauch erleichtert.

Unter den Vorteilen genannt wird auch das Mitspracherecht der Schweiz in der EU sowie die europäische Anerkennung von Schweizerischen Diplomen, die Schweizerinnen und Schweizer einen vereinfachten Zugang zu Stellen im Ausland ermöglichen.

Solche Vorteile können auch auf Grund bilateraler Verhandlungen erreicht werden.

Die Schweiz, das neutrale Herz Europas

…viele Nachteile

Ein Beitritt zur EU würde die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit unseres Landes massiv einschränken: Zum einen müsste die weltoffene Schweiz ihren Blick zu einseitig allein auf Europa richten. Zum anderen würde das Mitspracherecht in den Gremien der EU mit dem Verlust eines Teils der Volksrechte an Brüssel bezahlt. Der Druck auf die Schweiz würde in verschiedenen wichtigen Bereichen steigen: Die EU weist nach wie vor eine hohe Arbeitslosigkeit und ein grosses soziales Gefälle auf. Die Schweiz würde deshalb zur Milchkuh Europas. Unter den sich ergebenden Nachteilen wiegen folgende besonders schwer: Höhere Kosten im Sozialbereich, unsinnige Transporte durch aufgezwungene Importe von Landwirtschaftsprodukten aus dem EU-Raum, billige Konkurrenz für einheimisches Gewerbe und Landwirtschaft. Zudem ist aus verschiedenen Gründen mit einer massiven Erhöhung der Mehrwertsteuer zu rechnen. Allein schon der finanzielle Beitrag der Schweiz an die EU kann nur durch eine erhöhte Mehrwertsteuer finanziert werden. Dies gilt auch für die anderen zusätzlich anfallenden Kosten.

Nein zum strategischen Ziel „EU-Beitritt“

Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile lehnt die SVP den Beitritt zu einer bürokratischen und zentralistischen EU ab. Die SVP sieht in guten bilateralen Abkommen eine echte Alternative zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den europäischen Ländern. Die aktuellen bilateralen Verträge sind jetzt zu prüfen. Werden die bilateralen Verträge gutgeheissen, sind sie rasch umzusetzen.

Ausgewogene bilaterale Abkommen und eine selbständige Aussen- und Wirtschaftspolitik wurden durch das erklärte strategische Ziel des Bundesrates, den EU-Beitritt, immer wieder behindert. Die Schweiz ist unglaubwürdig, wenn sie bei Verhandlungen signalisiert, dass sie bereit ist, noch viel weiter zu gehen als angeboten. Die SVP fordert daher im Hinblick auf die künftigen Verhandlungen mit der EU über weitere Dossiers eine Abkehr vom strategischen Ziel des EU-Beitritts.

Selbstbewusst und neutral im Herzen Europas

STANDPUNKTE:

23 **Die SVP befürwortet eine offene Haltung gegenüber allen Staaten**

24 **Die SVP tritt ein für den bilateralen Weg der Kooperation statt Integration.**

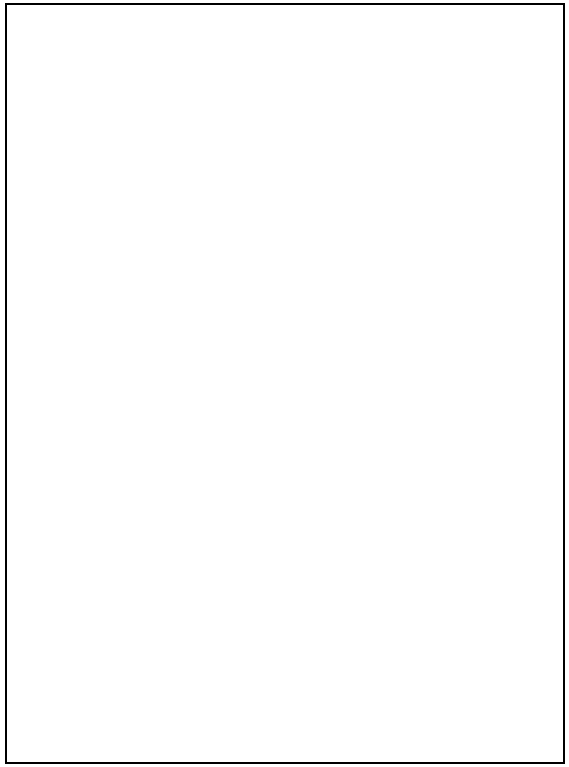
25 **Die SVP verlangt jetzt eine eingehende Prüfung der bilateralen Verträge mit der EU und eine sofortige Umsetzung im Falle einer positiven Beurteilung.**

26 **Die SVP lehnt einen EU-Beitritt ab**

27 **Die SVP fordert den Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs und eine Abkehr vom strategischen Ziel „EU-Beitritt“ des Bundesrates zu Gunsten einer breiten Diskussion um die möglichen Formen der Zusammenarbeit**

FINANZEN

Die Bundeskasse ist in einem katastrophalen Zustand. Die Schweiz lebt über ihre Verhältnisse. Mehrere Sparpakete haben in den letzten Jahren daran nichts geändert. Es fehlt offensichtlich am Willen des Parlamentes, des Bundesrates und der Verwaltung, energisch zu sparen. Diese Entwicklung lähmt den Staat.



Die Staatsschulden sind so hoch wie der Mount Everest

Der Bund hat über 100 Mia. Franken Schulden! Der Staat gibt inzwischen mehr aus für Schuldzinsen als für die Bildung! Die Schulden kosten uns jährlich 3,5 Mia. Franken an Zinsen, d.h. pro Tag 10 Mio. Franken! Jeder Steuerzahler wird so mit über 1000 Franken pro Jahr belastet!

Steigende Ausgaben

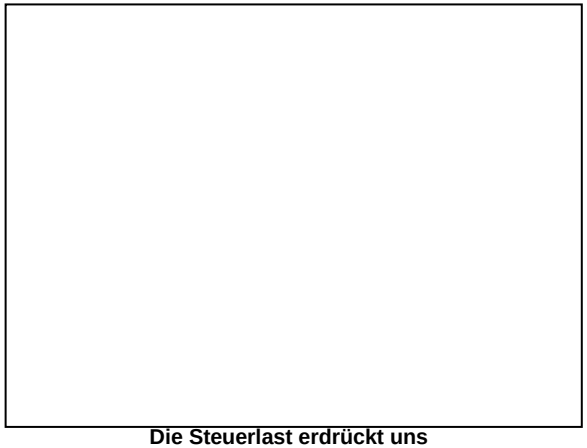
Seit 1991 gibt der Bund jedes Jahr mehr aus als er einnimmt. Keine Bürgerin und kein Bürger könnten sich so etwas erlauben. Bundesrat und Parlament dagegen wursteln unbekümmert weiter. Nicht so die SVP: Sie hat bereits viermal versucht, die Notbremse zu ziehen und hat detaillierte Sparprogramme vorgelegt. Vergebens. Bundesrat und Parlament haben die Programme jeweils als Rosskur abgetan. Doch die SVP gibt nicht auf. Nur mit einschneidenden Kürzungen auf der Ausgabenseite ist mittelfristig eine Gesundung der Bundesfinanzen zu erreichen. Mit "Pflästerlipolitik" ist dieser Misere nicht mehr beizukommen. Die SVP wird ihre konsequente Sparpolitik weiter verfolgen. Im Vordergrund stehen dabei die Bereiche mit dem grössten Ausgabenwachstum:

- Asylwesen
- Beziehungen zum Ausland
- Bürokratie
- Verkehr

Bei den Sparbemühungen ist zu beachten, dass die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit zwischen den Kantonen möglichst abgebaut werden. Die Lebensqualität in ländlichen Regionen ist mit einem hinreichenden Finanztransfer Bund – Regionen, insbesondere zur Verbesserung der notwendigen Infrastrukturen und zur Realisierung der anstehenden Aufgaben zu erhalten. Damit wird auch ein Beitrag zum nationalen Zusammenhalt geleistet.

Mehr neue Steuern?

Anstatt zu sparen wird auf dem Buckel des Mittelstandes nach immer neuen Einnahmequellen gesucht. Folgende neue Steuern sind beschlossen oder geplant: LSVA, Alpentransitabgabe, Energielenkungsabgaben, Benzinpreiserhöhung, CO_2-Abgabe, Solarrappen, Kapitalgewinnsteuer und Stempelabgaben. Zusätzliche Lohn- und Mehrwertsteuerprozente scheinen entgegen allen Versprechungen selbstverständlich.



Die Steuerlast erdrückt uns

Verheerende Folgen

Die Folgen dieser Entwicklung sind klar: Druck auf Zinsen, sinkende Kreditwürdigkeit unseres Landes, weniger Investitionen, bedrohte Arbeitsplätze und somit belastete Sozialwerke, ein ruinierter Mittelstand.

Während andere Staaten ihre Steuern senken und damit attraktive Rahmenbedingungen und neue Arbeitsplätze schaffen (z.B. England, USA, Holland), geht die Schweiz in die entgegengesetzte Richtung. Von jedem Franken, der in der Schweiz erwirtschaftet wird, gehen schon heute fast 40 Rappen an den Staat. Damit verlieren wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und vertreiben Firmen ins Ausland. Gleichzeitig bleibt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vom Lohn immer weniger. Hier muss endlich Gegensteuer gegeben werden. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen die Zinsen der falschen Politik nicht mit immer mehr Abgaben bezahlen müssen. Wirtschaftsimpulse durch Steuersenkungen sind effektiver als teure Ankurbelungsprogramme.

Misswirtschaft der Pensionskasse des Bundes

Die Pensionskasse des Bundes reisst ein weiteres Loch in die Bundeskasse. Es ist hier Ordnung zu schaffen, bevor die finanziellen Folgen untragbar werden. Entsprechende Zustände hätten in der Privatwirtschaft weitreichende Konsequenzen nach sich gezogen und die Strafverfolgungsbehörden auf den Plan gerufen. Es geht um die Ersparnisse und Einkünfte von Tausenden von Angestellten und Rentenempfängern. Am Schluss wird einmal mehr der Steuerzahler zur Kasse gebeten. Die SVP fordert eine rasche Privatisierung der Pensionskasse des Bundes und die paritätische Aufteilung der Kosten im Bereich der 2. Säule. Auch die Probleme anderer Kassen des Bundes sind anzugehen.

Sparen statt schröpfen!

STANDPUNKTE:

28 **Die SVP widersetzt sich der Ausbeutung des Mittelstandes**

29 **Die SVP ist gegen neue Steuern, Lohnprozente, Abgaben und Gebühren**

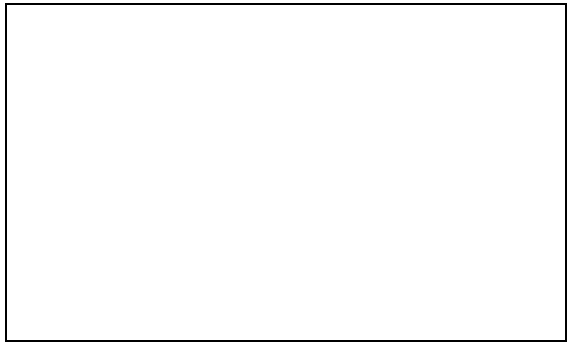
30 **Die SVP will eine Sanierung der Bundeskasse ohne Mehreinnahmen**

31 **Die SVP verlangt Sondermassnahmen zur Sanierung der Pensionskasse des Bundes**

32 **Die SVP setzt sich ein für einen Abbau der Ungleichheiten zwischen Agglomeration und Berggebiet**

GESELLSCHAFT UND FAMILIE

Für unser Wohlbefinden ist das soziale und familiäre Umfeld von grundlegender Bedeutung. Der gesellschaftliche Wandel der letzten Jahrzehnte, der immer noch andauert, bedroht die Familie. Neue Lebensformen bieten nicht allen gleichwertigen Ersatz. Der Verlust bewährter Wertvorstellungen, welche Halt vermittelt haben, führt dazu, dass sich viele Menschen in der Gesellschaft nicht mehr zurechtfinden. Die weit verbreitete Unsicherheit führt zu einer allgemeinen Abwehrhaltung und Aggressivität. Wachsender Mangel an Verantwortungsbewusstsein und damit zusammenhängendes Misstrauen gegenüber dem freiheitlichen und demokratischen Staatswesen sind die Folgen.



Die Familie ist der Kern der Gesellschaft

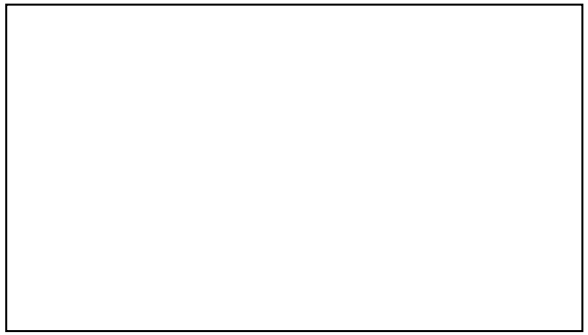
Ja zur Familie

Die Familie ist gerade in einer sich wandelnden Gesellschaft wichtig und sollte gefördert werden. Mann und Frau sind gleichwertige und gleichberechtigte Partner. Sie sollen im Bewusstsein ihrer gemeinsamen Verantwortung eine ihnen entsprechende Lebensform und Arbeitsteilung finden. Der Staat hat für die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu sorgen. Dazu gehören im wesentlichen die steuerliche Entlastung der Familie, die Optimierung des Kinder- und Familienzulagensystems, die gezielte Unterstützung von einkommensschwachen Familien sowie familienfreundliche Modelle für die berufliche Vorsorge (2. Säule).

Verantwortung für unsere Kinder

Die SVP setzt sich ein für den Schutz des geborenen und ungeborenen Lebens. Sie befürwortet deshalb auch einen verantwortungsvollen Umgang mit der Fortpflanzungstechnologie.

Kinder sind mehr als ein Kostenfaktor. Sie vermitteln Freude und bereichern die Gesellschaft. Die Familie trägt mit der Erziehung der Kinder somit eine grosse Verantwortung. Der



Ohne Frau geht gar nichts

Staat hat das Seine dazu beizutragen, indem er für ein günstiges und sicheres Umfeld sorgt. So braucht es beispielsweise angesichts veränderter Familien- und Arbeitsstrukturen zur Sicherung der Betreuung der Kinder eine geeignete soziale Infrastruktur. Einheitliche Schulzeiten sind ebenso wichtig wie flexible familienexterne Betreuungsmöglichkeiten. Tagesmütter, Krippen und Tagesschulen müssen dort eine ausreichende Betreuung der Kinder garantieren, wo die Arbeits- und Wohnverhältnisse (z.B. in den Agglomerationen) dies erfordern. Ziel ist nicht die Umlagerung der Kindererziehung in staatliche Institutionen, sondern ein umfassendes und koordiniertes Betreuungs- und Erziehungssystem von Eltern, Unternehmen und öffentlichen Institutionen.

Vertrauen in die Jugendlichen

Die SVP setzt auf die Jugend als Zukunft unseres Landes. In der modernen Gesellschaft finden Jugendliche neue Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten. Diese bringen aber auch grössere Schwierigkeiten mit sich, einen Platz zu finden. Sinn und Zweck des Lebens, der Gesellschaft und des Staates werden öfter in Frage gestellt. Die wachsende Jugendkriminalität ist unter anderem eine Folge dieser gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Darunter zu leiden haben letztlich alle. Die Gesellschaft darf sich nicht nur um die Sonderfälle kümmern. Sie muss das Wohl aller Jugendlichen im Auge haben.

Den Problemen der Jugendlichen kann in der Schule, aber auch in Vereinen begegnet werden. Lehrkräfte müssen entsprechend geschult werden und von ihrer Persönlichkeitsstruktur her Vorbildfunktionen übernehmen können. Die rund 100'000 Vereine der Schweiz können viel zu einem attraktiven Freizeitangebot für Jugendliche beitragen sowie Perspektiven und Rückhalt bieten. Auch die Junge SVP ist bemüht, Jugendlichen den Weg in ein interessantes und – auch politisch – aktives Leben aufzuzeigen.

Gemeinsam mit Seniorinnen und Senioren

Seniorinnen und Senioren spielen in der Gesellschaft eine immer grössere Rolle. Mit der Pensionierung gibt der ältere Mensch nur seine Berufstätigkeit, nicht aber sein Mitspracherecht als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft auf. Die Gesellschaft sollte wieder vermehrt vom grossen Wissen und der Erfahrung der älteren Generation profitieren. Die heutigen Seniorinnen und Senioren wollen möglichst lange ein aktives und selbstbestimmtes Leben führen. Die wenigsten unter ihnen sind auf ständige Hilfe und Pflege angewiesen. Betagte haben ein Recht auf ein gesichertes, würdiges und sinnerfülltes Dasein. Alterspolitik muss sich nicht nur an ihren Bedürfnissen orientieren, sondern muss in Zusammenarbeit mit der älteren Generation zusammen gestaltet werden.

Die SVP setzt sich insbesondere für die Anerkennung der Verdienste der Schweizer und Schweizerinnen während des 2. Weltkriegs ein. Sie fordert, dass der Verunglimpfung der Weltkriegsgeneration ein Riegel geschoben wird.

Ohne Familie keine Gesellschaft

STANDPUNKTE:

33 **Die SVP fordert eine steuerliche Besserstellung der Familien**

34 **Die SVP tritt ein für den Schutz des geborenen und ungeborenen Lebens**

35 **Die SVP setzt sich ein für die Anliegen der Jugend und unterstützt ein attraktives Bildungs-, Sport- und Kulturangebot**

36 **Die SVP unterstützt die Wertschätzung und Selbstbestimmung der Seniorinnen und Senioren**

37 **Die SVP setzt sich ein für die Teilnahme und Mitbestimmung der Seniorinnen und Senioren in den für sie gesellschaftlich und politisch wichtigen Entscheidungsgremien**

GESUNDHEIT

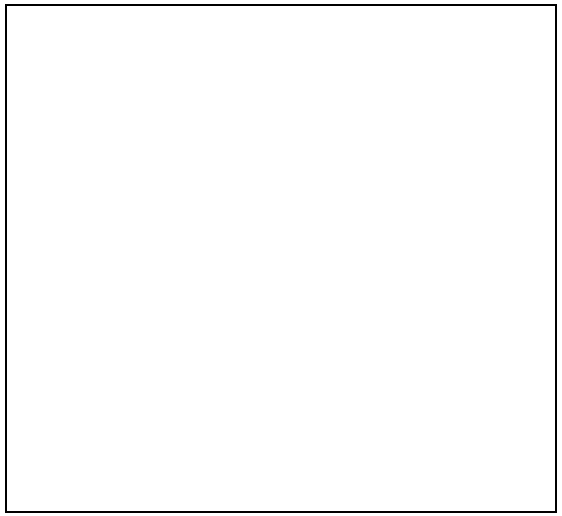
Gesundsein gilt in einer modernen Gesellschaft als Grundrecht. Die Schweiz ist weltweit bekannt für den hohen Standard in der Gesundheitsversorgung. Bei der Volksgesundheit sind weiterhin vor allem positive Entwicklungen zu beobachten: Die Säuglingssterblichkeit sinkt, und die Lebenserwartung steigt. Andererseits ist fast nirgends in Europa der Missbrauch von Suchtmitteln so hoch wie in der Schweiz.

Keine Liberalisierung weicher Drogen

Es gibt keine Region in unserem Land, und sei sie noch so ländlich, in welcher nicht mit Rauschgift gehandelt wird. Zwar liegt die Zahl der Heroin- und Kokainsüchtigen unverändert hoch bei etwa 30'000 Personen, aber der Missbrauch von weichen Drogen hat zugenommen. Die Schweiz wird zudem mit immer neuen Rauschgiften überschwemmt. Die SVP wendet sich gegen jegliche Liberalisierung der weichen Drogen. Mit einer Verharmlosung von weichen Drogen werden völlig falsche Signale gesetzt. Sucht ist kein Lebensstil, sondern führt zum Verlust des freien Willens und damit zum Verlust von Handlungsfähigkeit und Menschenwürde.

Heroinabgabe unter strenger Kontrolle

Die Heroinabgabe ist mit einem grossen Fragezeichen zu versehen. Es ist immer wieder zu unterstreichen, dass es sich dabei nicht um einen ersten Schritt in Richtung Liberalisierung des Drogenkonsums handeln darf. Die Heroinabgabe ist ausschliesslich unter strenger Kontrolle und wissenschaftlicher Begleitung weiterzuführen. Eine langfristige Erfolgskontrolle muss erst zeigen, ob die Massnahme geeignet ist, um zur Drogenabstinenz und zur Verringerung der Deliktzahl zu führen.



Drogensucht ist kein Lebensstil

Wer will offene Drogenszenen?

Offene Drogenszenen ziehen Kriminalität an und schaden dem Image der Schweiz. Es ist ein Skandal, wenn die breite Bevölkerung Parks und öffentliche Plätze meiden muss, weil sich eine Minderheit von Süchtigen dort einrichtet. Telefonzellen, öffentliche Toiletten, Unterführungen, sogar ganze Bahnhöfe werden von vielen heute nur noch ungern genutzt, weil sie sich dort bedroht fühlen. Dies bedeutet nicht nur eine Verminderung der Lebensqualität jeder und jedes Einzelnen, sondern schadet auch

dem an den jeweiligen Plätzen angesiedelten Gewerbe.

Repression muss deshalb im Interesse aller ein unverzichtbarer Teil der Drogenpolitik sein. Die SVP begrüsst deshalb polizeiliche Massnahmen. Das Drogenproblem muss aber auf allen Ebenen angegangen werden. Es müssen genügend Therapiezentren zur Verfügung stehen, welche den Süchtigen den endgültigen Ausstieg aus der Abhängigkeit ermöglichen. Nebst Prävention, Repression und Therapie befürwortet die SVP auch Überlebenshilfe mit dem klaren Ziel eines Ausstiegs aus der Sucht.

Kampf dem Missbrauch von Genussmitteln

Auch Genussmittel wie Tabak und Alkohol bergen Suchtgefahren und Gesundheitsrisiken und bedingen einen bewussten, verantwortungsvollen Umgang.

Der steigende Alkoholkonsum von Jugendlichen ist auffällig. Die auf junges Publikum ausgerichteten Designerdrinks finden reissenden Absatz. Auch der Zigarettenkonsum ist nach vorübergehendem Rückgang wieder deutlich gestiegen. Dies, obwohl die gesundheitsschädigenden Auswirkungen längst bekannt und auf den Packungen auch deklariert sind.

Werbeverbote sind kaum ein wirksames Mittel, um diesen Entwicklungen zu begegnen. Dagegen muss mit breiten Aufklärungskampagnen immer wieder auf die drastischen Folgen des Missbrauchs von Genussmitteln aufmerksam gemacht werden. Dabei ist insbesondere an die Eigenverantwortung zu appellieren. Zudem sind die Altersgrenzen beim Verkauf von Tabak und Alkohol strikt einzuhalten.

Ein ernst zu nehmendes Problem ist heute auch der Medikamentenmissbrauch. Der Alltag soll im Normalfall ohne Pillenration und leistungssteigernde Substanzen bewältigt werden können. In einer Gesellschaft, die Tabletten zum Nahrungsmittel macht, darf man sich nicht über den Ecstasy- Konsum von Jugendlichen wundern. Es ist Aufgabe der Politik, freie und menschliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein erfülltes Leben in Freizeit und Beruf ohne Medikamentenunterstützung ermöglichen.

Zum Gesundheitswesen siehe unter Kapitel Soziale Sicherheit

Keine Verharmlosung des Drogenkonsums

STANDPUNKTE:

38 **Die SVP tritt ein für Therapieangebote mit dem Ziel Suchtfreiheit**

39 **Die SVP bekämpft offene Drogenszenen**

40 **Die SVP stellt sich gegen eine Legalisierung von weichen Drogen**

41 **Die SVP ist für eine strenge Kontrolle und wissenschaftliche Begleitung der Heroinabgabe**

42 **Die SVP setzt sich ein für bessere Aufklärung über legale und illegale Suchtmittel**

KOMMUNIKATION UND MEDIEN

Wir leben heute im Kommunikationszeitalter. Die Entwicklung der weltweiten Kommunikationsnetze und die fortschreitende Globalisierung sind eng miteinander verbunden. Dieser Trend wird sich fortsetzen und das öffentliche wie das private Leben verändern.

Freiheitliche Medienordnung

Die SVP betrachtet die Entwicklungen im Kommunikations- und Medienbereich als Chance. Die neuen Möglichkeiten sollten allen Bürgerinnen und Bürgern in hoher Qualität zur Verfügung stehen. Die SVP setzt sich deshalb für eine liberale und freiheitliche Medienordnung ein. Dies ist jedoch nur bei einem verantwortungsvollen Umgang mit den Medien möglich. Medien sind nicht ein Konsumgut wie jedes andere, sondern haben auch kultur- und staatspolitische Bedeutung.

Liberalisierte Kommunikationsnetze

Die SVP setzt sich für eine Liberalisierung der Kommunikationsnetze ein. Missbräuche, welche sich allenfalls aus früheren oder neuen Monopolstellungen ergeben, müssen konsequent beseitigt werden. Die öffentliche Versorgung der Randregionen mit Kommunikations- und Mediendienstleistungen ist sicherzustellen.

Neue Medien im Dienste aller

Die Nutzung der sogenannten „Neuen Medien“ wie z.B. das Internet eröffnet der Wirtschaft, aber auch jedem Einzelnen, neue Möglichkeiten. Der Missbrauch der neuen Medien in krimineller Absicht ist international zu bekämpfen. Übertriebene staatliche Regelungen sind dagegen wenig effizient und behindern nur die positive Nutzung. Zu den neuen Medien sollten möglichst alle Zugang haben. Insbesondere bei der Ausbildung ist dies von grosser Bedeutung.

Information durch Radio und Fernsehen

Die SVP setzt sich für eine möglichst grosse Vielfalt bei Radio und Fernsehen ein. Die SRG und private Anbieter müssen nebeneinander existieren und ihren Auftrag erfüllen können. Grundlage dazu ist eine sinnvolle Definition des Service public. Alle Anbieter sollen die Möglichkeit haben, Service public- Leistungen anbieten zu können.

Auch in Zukunft soll der Funktion der SRG in bezug auf eine vielfältige Information Rechnung getragen werden. Dies soll jedoch mit einem Minimum an künstlichen Schutzmassnahmen möglich sein. Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Einschränkungen, denen private Radio- und TV-Stationen heute unterworfen sind (Werbezeit, Sendegebiet etc.), deutlich gelockert werden. In Bereichen, wo Konkurrenz besteht, müssen die Anbieter die gleiche Ausgangslage haben. Die SVP verlangt deshalb eine rasche Revision der Radio- und TV-Gesetzgebung.

Bedrohte Vielfalt der Zeitungslandschaft

Die Vielfalt der Printmedien (Zeitungen, Zeitschriften) ist grundlegend für die Sicherung der regionalen und lokalen Information. Allein sie gewährleistet zudem eine möglichst breite Meinungsbildung für alle. Diese Vielfalt ist heute bedroht. Eine Reihe von Zeitungen sind bereits eingegangen. Die SVP setzt sich dafür ein, dass weiterhin mit gezielten Förderungsmassnahmen versucht wird, diesem Trend entgegenzuwirken.

Professioneller Journalismus

Die SVP legt Wert auf Professionalität und Ethik im Journalismus. Darunter ist vor allem eine sorgfältige, verantwortungsbewusste und faire Berichterstattung und Recherchierarbeit zu verstehen. Die SVP setzt sich deshalb für eine gute Aus- und Fortbildung der Medienschaffenden in unserem Land ein. Ziel wäre ein anerkannter Abschluss. Zu wünschen wäre auch die Festlegung eines Ehrenkodex für Journalisten.

Die SVP setzt sich auch für den Schutz von Rechtsgütern ein, die im Medienwesen verletzt werden können (z.B. Ansehen, Geschäfts- und Amtsgeheimnis) und lehnt eine missbräuchliche Anwendung des Zeugnisverweigerungsrechtes ab.

Vielfalt und Freiheit in Kommunikation und Medien

STANDPUNKTE:

43 **Die SVP setzt sich ein für die Meinungsvielfalt in der Kommunikation und in den Medien**

44 **Die SVP fordert, dass alle Regionen unseres Landes die neuen Möglichkeiten im Kommunikationsbereich nutzen können**

45 **Die SVP fordert eine rasche Revision der Radio- und Fernsehgesetzgebung**

46 **Die SVP verlangt eine Neudefinition des Service public im Bereich der Elektronischen Medien, mit der Möglichkeit, dass auch private Anbieter mit Anspruch auf Empfangsgebühren entsprechende Leistungen erbringen können**

47 **Die SVP setzt sich für die Förderung der neuen Medien mit**

möglichst geringen rechtlichen Einschränkungen ein

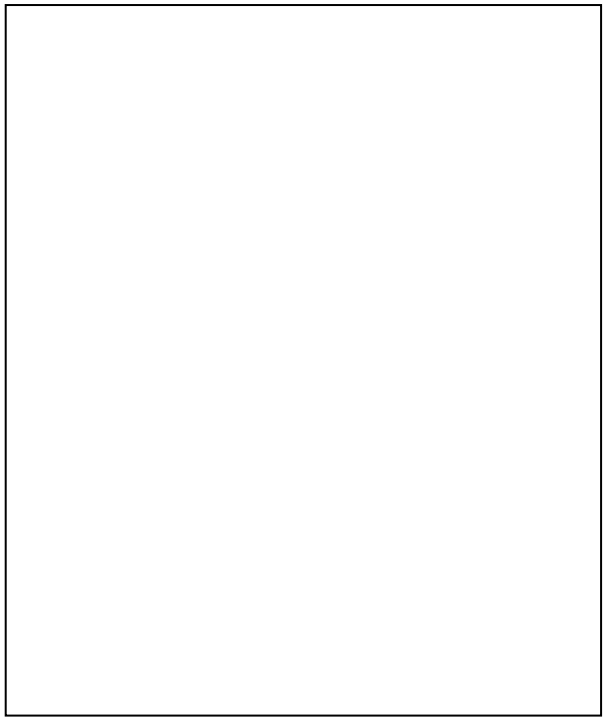
KULTUR UND BRAUCHTUM

Als vielfältiges Land mit vier Landessprachen sowie 26 Kantonen und Halbkantonen mit eigenen Traditionen kennt die Schweiz ein ausgesprochen reiches kulturelles Leben. Gerade diese Vielfalt ist ein wesentlicher Teil unserer nationalen Identität, den es zu erhalten gilt. Der traditionelle kulturelle Austausch über Sprachgrenzen hinweg ist weltweit Vorbild.

Kultur für alle

Das kulturelle Spektrum ist vielfältig: Es umfasst nicht nur Literatur, Ballet, Oper, Theater und Museum, sondern ebenso in- und ausländisches Brauchtum wie auch Expo.01, Street Parade, Filmfestivals, Popkonzerte und vieles mehr. Kultur lebt und kann gelebt werden. Sie vermittelt Identität.

Kultur muss vielfältig bleiben und allen Menschen etwas bieten können. Nur so kann sie ihren Zweck erfüllen, nämlich Lebensfreude zu vermitteln, den Alltag zu bereichern, sinnvolle Beschäftigung zu bieten sowie die Kommunikation und die Verständigung über Grenzen aller Art hinweg zu fördern.



Die SVP ist in der Volkskultur verwurzelt: Nationalrat Jakob Freund am Hackbrett

Kultur ist kein Luxus

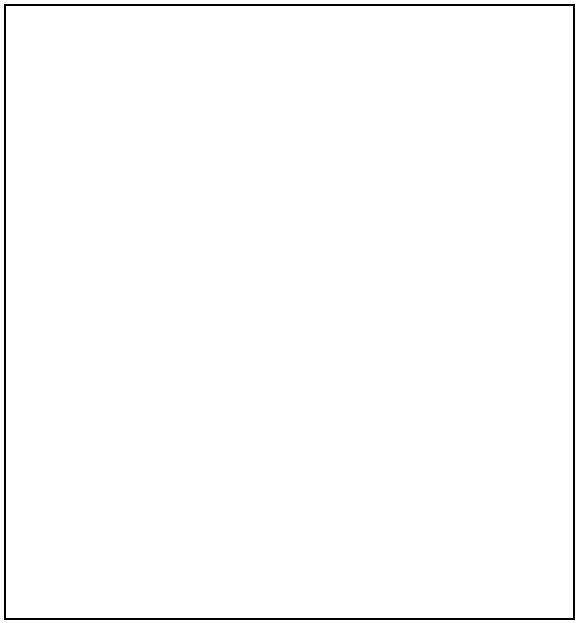
In wirtschaftlich schwierigeren Zeiten ist es verständlich und notwendig, die Prioritäten bei den Grundbedürfnissen der Bevölkerung zu setzen. Es gilt aber, dennoch Mittel für die Kultur bereit zu stellen, damit sie ihre vielfältigen Funktionen erfüllen kann.

Entscheidend ist, dass nicht einmal mehr mit dem Giesskannenprinzip verteilt wird, sondern gezielt gefördert wird, wo es sinnvoll und notwendig erscheint. Dabei soll einerseits das Interesse breiter Kreise der Bevölkerung im Vordergrund stehen, andererseits nicht dort Geld ausgeschüttet werden, wo der Erfolg ohnehin den Ertrag sichert. Kulturförderung darf nicht allein Staatsaufgabe sein. Vielmehr braucht Kultur viele Träger, die gemeinsam wirken. Eine funktionierende Partnerschaft von öffentlicher Hand und Privaten ist deshalb gerade im kulturellen Bereich unabdingbar.

Den rund 100'000 Vereinen kommt hier eine besonders grosse Bedeutung zu. Ihnen ist es vielfach zu verdanken, dass Kultur erhalten und gefördert wird. Sie schaffen Strukturen zur Integration verschiedener Gruppen und leisten ihren Beitrag zum Miteinander in der Gesellschaft. Sie bauen Brücken zwischen den Generationen, aber auch zwischen verschiedenen Sprach- und Bevölkerungsgruppen. Sie verdienen steuerliche Vergünstigungen und Unterstützung.

Kultur, die Visitenkarte der Schweiz

Die Kultur leistet auch einen wesentlichen Beitrag zum internationalen Austausch. Kulturelle Organisationen und Veranstaltungen helfen mit, das Bild einer vielfältigen Schweiz zu vermitteln, und tragen entscheidend zum Ansehen der Schweiz im Ausland bei. Dies kommt nicht nur dem Tourismusland, sondern auch dem Wirtschaftsstandort Schweiz zu Gute.



Vereine leisten einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Vielfalt der Schweiz

EXPO.01

Die EXPO.01 bietet der Schweiz Gelegenheit, zu feiern und sich von ihrer besten Seite zu zeigen. Optimistisch und voller Tatendrang sollte das neue Jahrtausend beginnen.

EXPO.01 soll eine Einladung über die Landesgrenzen hinaus sein. Das Konzept muss in seiner Grosszügigkeit dem Anlass gerecht werden. Dazu gehört die Planung und der Ausbau der Anfahrtswege ebenso wie der termingerechte Aufbau und die notwendige internationale Werbung. Der Bundesrat ist hier gefordert, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, damit das Ereignis erfolgreich durchgeführt werden kann. Rahmenbedingungen und Organisation sind dringend zu optimieren. EXPO.01 soll ein positives Signal und nicht ein Flop des beginnenden neuen Jahrtausends werden.

Kultur für alle und im Interesse aller

STANDPUNKTE:

48 **Die SVP steht zur vielfältigen Kultur und sprachlichen Vielfalt als Identitätsmerkmale der Schweiz**

49 **Die SVP setzt sich ein für Kultur und Brauchtum**

50 **Die SVP setzt sich ein für eine erfolgreiche EXPO.01**

51 **Die SVP fordert gezielte Kulturförderung statt Giesskannenprinzip**

52 **Die SVP setzt sich ein für die steuerliche Begünstigung und Unterstützung von Vereinen**

LANDWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft prägt seit Jahrhunderten das Bild unseres Landes und seiner Bevölkerung. Bauernfamilien versorgen uns mit gesunden Nahrungsmitteln, stellen die Besiedelung abgelegener Gebiete sicher und pflegen unsere Kulturlandschaft. Die Landwirtschaft ist der Grundpfeiler unserer Identität.

Die Herausforderungen der Zukunft

Die Landwirtschaft ist im Wandel. Die laufende Strukturanpassung lässt sich nicht aufhalten. In den nächsten Jahren stehen den Bauern- und allen vor- und nachgelagerten Betrieben grosse Herausforderungen bevor. Die Erfüllung des GATT/WTO- Abkommens (Abbau von Zöllen), die Auswirkungen der „Agrarpolitik 2002“ sowie das Loch in der Bundeskasse prägen die Landwirtschaftspolitik und wirken sich auf Strukturen und Arbeitsplätze aus. Die weltweite Entwicklung der Nahrungsmittelpreise drückt unvermindert auf die bäuerlichen Einkommen. Weitere Ereignisse werfen ihre Schatten voraus: Die EU-Osterweiterung und die nächste WTO-Verhandlungsrunde. Der Druck auf die Landwirtschaft wird also noch ansteigen.

Ziele der schweizerischen Landwirtschaft

Die SVP bekennt sich zu einer eigenständigen, produzierenden Landwirtschaft, die einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad des Landes anstrebt. Mit dem neuen Landwirtschaftsgesetz beschreiten wir diesen Weg unter Einhaltung einer ökologischen, nachhaltigen und flächendeckenden Bewirtschaftung unseres Landes. Die Bauern sollen primär gesunde Nahrungsmittel produzieren und dabei Rücksicht nehmen auf eine intakte Landschaft. Sie sollen auch weiterhin die vielfältigen Funktionen im Interesse der Öffentlichkeit wahrnehmen können.

Damit die Landwirtschaft ihren wichtigen Auftrag effizient und erstklassig erfüllen kann, setzt die SVP auf den Familienbetrieb. Der Familienbetrieb mit gut ausgebildeten Bäuerinnen und Bauern garantiert eine gesunde Bewirtschaftung unseres Landes und eine professionelle Nahrungsmittelproduktion. Die SVP legt deshalb das Schwergewicht auf die Förderung dieser übersichtlichen Familienstrukturen und einer modernen praxisnahen Forschung und Ausbildung.

Bauern als Unternehmer

Will die Schweizer Landwirtschaft überleben, muss sie auch gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig sein. Die SVP fordert daher ein umfassendes Programm zur Senkung der Produktionskosten, d.h. vor allem einen Abbau von unnötigen Auflagen und Behinderungen. Die Bauern müssen als Unternehmer handeln können. Insbesondere die Direktvermarktung darf nicht behindert werden. Die SVP fordert zudem eine klare und ehrliche Deklaration in- und ausländischer Landwirtschaftsprodukte. Die einheimischen Erzeugnisse dürfen nicht benachteiligt werden.

Eine Zukunft für kreative junge Bauern:
Nationalrat Toni Brunner

Im Dienste unseres Landes

Landwirtschaftspolitik braucht eine regionale Verankerung und Vernetzung. Die Bauernfamilien und ihre Betriebe bilden das Rückgrat für Gesellschaft und Wirtschaft in strukturschwachen Regionen. Wer diese Vernetzung in ländlichen Regionen missachtet, wird später – der Blick auf die EU-Landwirtschaftspolitik zeigt es – viel Geld in regionale Entwicklungsprojekte stecken müssen. Für die SVP ist die Agrarpolitik daher der Schlüssel für eine gedeihliche Entwicklung der Regionen.

Nicht all diese Leistungen im Dienste unseres Landes werden durch den Markt abgegolten. Die SVP unterstützt deshalb gezielte Direktzahlungen.

Ökologische Produktion

Für die SVP spielen Ökologie und artgerechte Tierhaltung in der Landwirtschaft eine wichtige Rolle. Entsprechende gesetzliche Grundlagen sind unerlässlich, dürfen aber weder zu einer Überreglementierung führen noch die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe beeinträchtigen.

Beinahe jährliche Anpassungen der Gesetze und Verordnungen verunsichern die Bauern, bringen hohe Kosten und ungenügenden Ertrag. Hobby- und Feierabendbetriebe brauchen keine staatliche Unterstützung. Direktzahlungen für ökologische Leistungen müssen produzierenden Familienbetrieben zugute kommen. Die SVP fordert zudem mehr Berücksichtigung der Praxis und Vernunft in der landwirtschaftlichen Produktion anstatt immer mehr Reglementierung.

Berggebiete und Tourismus

Eine besondere Rolle kommt in unserem Land der Landwirtschaft im Berggebiet zu. Die Pflege der Landschaft und die Besiedlung ländlicher Regionen ist in solchen Gebieten unabdingbare Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung des Tourismus. Die SVP unterstützt und fördert daher Projekte zur besseren Zusammenarbeit zwischen der Landwirtschaft und dem Tourismus.

Ohne Landwirtschaft keine Schweiz

STANDPUNKTE:

53 **Die SVP setzt auf produzierende Familienbetriebe mit gut ausgebildeten Bäuerinnen und Bauern**

54 **Die SVP unterstützt die Landwirtschaft als zentrales Element der Entwicklung des ländlichen Raumes**

55 **Die SVP fordert Direktzahlungen als Entgelt für die Leistung der Bauern im Dienste der Öffentlichkeit**

56 **Die SVP tritt ein für eine professionelle und dynamische Landwirtschaft mit wettbewerbsfähigen Strukturen und tieferen Produktionskosten**

57 **Die SVP fördert die Produktion einheimischer Spezialitäten**

58 **Die SVP verlangt eine umfassende Deklaration in- und ausländischer Landwirtschaftserzeugnisse**

59 Die SVP bekämpft qualitativ fragwürdige Importprodukte

SICHERHEIT

Die Sicherung von Ruhe und Ordnung ist die zentrale Grundaufgabe des Staates. Sicherheit ist die Grundlage für die Entfaltung jeglichen wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Dies gerät heute mehr und mehr in Vergessenheit. Entgegen weitverbreiteter Auffassung hat sich die Bedrohung der Sicherheit in den letzten Jahren nicht verringert, sondern nur verändert. Gefahr geht heute seltener von ganzen Nationen aus, dafür umso mehr von Terroristen und Erpressergruppen. Dank neuer Technologien kann sowohl aus dem Landesinnern wie auch aus beträchtlicher Entfernung Schaden angerichtet werden. Innere und äussere Sicherheit sind immer weniger klar zu trennen. Die Sicherheitsvorkehrungen müssen auf diese veränderte Bedrohungslage ausgerichtet werden. Der Staat hat für die Bereitstellung der nötigen Mittel zu sorgen. Die Zusammenarbeit der einzelnen Departemente ist besser zu koordinieren. Langfristig ist ein eigentliches Sicherheitsdepartement zu schaffen.

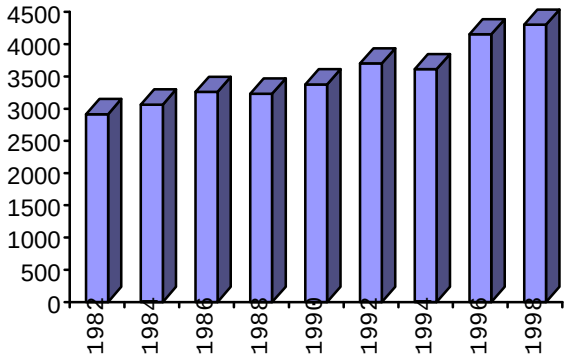
Äussere Sicherheit

Es gibt heute mehr Krisenherde denn je. Bedrohliche Waffenarsenale existieren weiter und befinden sich in undurchsichtigen Eigentumsverhältnissen. Sie bilden eine schwer einzuschätzende Bedrohung. Die SVP erachtet deshalb unsere Milizarmee und deren zeitgemässe Ausrüstung für notwendig und wichtig. Sie wird die Umverteilungsinitiative und alle künftigen Armeeabschaffungsversuche bekämpfen.

Durch den technologischen Fortschritt werden Kriege nicht mehr nur mit traditionellen Armeen geführt. Auch unsere Armee muss sich der veränderten Bedrohungslage anpassen. An erster Stelle muss die Optimierung der eigenen Mittel stehen. Die Armee benötigt nach wie vor eine effiziente Rüstung, um ihrem Auftrag gerecht zu werden. Ein weiterer finanzieller Raubbau an der Armee ist in nationalem und internationalem Interesse nicht mehr zu verantworten. Die internationale Zusammenarbeit kann das ihre zur Erhöhung der Sicherheit beitragen. An der dauernden bewaffneten Neutralität ist jedoch festzuhalten. Einen NATO-Beitritt lehnt die SVP ab.

Innere Sicherheit

Heute ist vor allem die innere Sicherheit, also die Sicherheit im Alltag, bedroht. Der Trend zu höherer Gewaltbereitschaft muss als beängstigend bezeichnet werden. Er spiegelt sich unter anderem in der Zunahme der Delikte im Bereich Körperverletzung um 20 % in den letzten zehn Jahren wider:



Die Zahl der Körperverletzungen nimmt ungebremst zu

Bedenklich ist die steigende Zahl ausländischer Täter. Mit über 51 % hat der Anteil Ende 1998 einen Höchststand erreicht. Die Zahl der in der Schweiz ermittelten ausländischen Täterinnen und Täter ist damit in den letzten zehn Jahren um über 20 Prozent - gestiegen! Delikte von Asylbewerbern, illegalen Aufenthaltern und internationalen Banden stehen hier im

Vordergrund und müssen rasch und gezielt bekämpft werden. Zu unterbinden sind auch die

Tätigkeiten von Aktivisten und Bürgerkriegsparteien, die von der Schweiz aus Konflikte im Ausland durch Geldbeschaffung und Rekrutierung von Kämpfern unterstützen.

Kampf der Organisierten Kriminalität

Die Organisierte Kriminalität ist ein Problem, von dem auch die Schweiz längst nicht mehr verschont wird. Die organisierten Gruppen machen vor keiner Grenze mehr Halt. Drogen- und Waffenhandel, Prostitution, Frauenhandel, Schutzgelderpressung und Schleppertätigkeit sind unter anderem durch Geschäfte mit der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ergänzt worden. Kriminaltouristen spezialisieren sich zudem auf Einbruchstouren über die Grenze. Polizei- und Vollzugsorgane vor Ort sind oft überfordert. Eine wirkungsvolle Kontrolle sollte deshalb schon an der Grenze einsetzen. Die Übertritte von kriminellen Banden und Einzeltätern müssen bereits dort verhindert werden, notfalls unter Mithilfe der Armee. Grundlegend ist auch die Bekämpfung der Geldwäscherei, womit die Organisierte Kriminalität an ihrem Lebensnerv getroffen werden kann.

Internetkriminalität

Das Internet bietet nicht nur neue Fahndungsmöglichkeiten, sondern auch fast grenzenlose Möglichkeiten für kriminelle Aktivitäten. Diese Auswüchse sind in internationaler Zusammenarbeit vehement zu bekämpfen.

Keine Sparübungen bei der Polizei

Viele Kantonspolizeikorps sind zahlenmässig unterbesetzt und haben somit grösste Mühe, ihre Aufgaben zu erfüllen. Ihnen fehlen nicht nur die personellen und finanziellen, sondern oft auch die technologischen Mittel. Immer mehr Leute greifen deshalb zu privaten Sicherheitsdiensten. Die Sicherheit droht zum Luxus zu werden. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Sparmassnahmen dürfen nicht zu einem Sicherheitsrisiko führen. Gute technische Ausrüstung und erhöhte Polizeipräsenz sind effiziente Mittel zur Verhinderung von Straftaten und zahlen sich in der Vermeidung von Folgekosten letztlich für alle aus.

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis, kein Luxus

STANDPUNKTE:

61 **Die SVP steht zur gut ausgebildeten und im Hinblick auf die neuen Gefahren gerüsteten Milizarmee**

62 **Die SVP fordert die Schaffung eines Sicherheitsdepartements**

63 **Die SVP tritt ein für die dauernde bewaffnete Neutralität**

64 **Die SVP fordert einen effizienten Grenzschutz**

65 **Die SVP bekämpft alle Armeeabschaffungsversuche und lehnt die Umverteilungs-Initiative ab**

66 **Die SVP befürwortet subsidiäre Einsätze der Armee im Inland**

67 **Die SVP fordert eine wirksame internationale Zusammenarbeit im Bereich Internetkriminalität**

68 **Die SVP verlangt die nötigen finanziellen und logistischen Mit-**

tel zur Unterstützung der Armee und Polizei

SOLIDARITÄT

Der Begriff „Solidarität“ ist in letzter Zeit arg strapaziert worden. Es ist an der Zeit, dass die Schweiz sich wieder an den Kerngehalt erinnert und zu einer echten Solidarität zurückfindet.

Echte Solidarität

Echte Solidarität beginnt im Kleinen, in der Familie: Die Alten unterstützen die Jungen, die Jungen stehen zu den Alten, der Stärkere hilft dem Schwächeren. Auch der Zusammenhalt und der Ausgleich zwischen den Regionen unseres Landes ist ein Ausdruck der Solidarität. Solidarität soll nicht allein in der Aussenpolitik geübt werden. Die SVP setzt dafür ein, dass Solidarität auch gegenüber den Bedürftigen im eigenen Land gilt.

Echte Solidarität lässt sich mit Gesetzen nicht erzwingen. Erzwungene Solidarität führt nur zu Unmut, mindert die Eigenverantwortung und steigert die Ansprüche. Solidarität kann aber gefördert werden, indem in einem gerechten und berechenbaren Staatsgefüge genügend Freiraum gelassen wird. Wer sicher ist, dass seine Arbeit Früchte tragen darf, wird auch solidarisch sein mit denen, die Hilfe benötigen.

Gute Dienste

Die Schweiz stellt ihre Solidarität auch gegenüber dem Ausland in vielfältiger Art unter Beweis. Seit dem 2. Weltkrieg gehört die Solidarität zu den Leitmotiven der Schweizerischen Aussenpolitik. Als neutraler und unabhängiger Staat ist die Schweiz wie geschaffen dafür, eine führende Rolle bei der Vermittlung in Konflikten zu übernehmen. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur europäischen und weltweiten Zusammenarbeit. Die SVP setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Neutralität in den Dienst der Völkergemeinschaft gestellt wird.

Katastrophenhilfe

Die schweizerische Katastrophenhilfe (SKH) bietet weltweit vielgeschätzte Hilfe vor Ort. Dieser Beitrag ist ein weiterer Ausdruck der Solidarität der Schweiz mit dem Ausland. Die Arbeit des Korps findet breite Unterstützung.

Die Schweizerbevölkerung zeigt auch persönlich mit grosszügigen Spenden bei Sammelaktionen immer wieder, dass es jeder und jedem Einzelnen ein Anliegen ist, zu helfen, wo Not herrscht.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz

Mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) leistet die Schweiz weltumfassend einen humanitären Beitrag. Die Arbeit des IKRK basiert auf den Grundsätzen Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität. Die Schweiz zeigt damit nicht nur ihre Solidarität, sondern stellt ihre Neutralität in den Dienst der Völkergemeinschaft und des humanitären Völkerrechts. Die SVP tritt dafür ein, dass die Schweiz auch weiterhin als neutraler Gründer und Hauptsitz des IKRK glaubwürdig bleibt.

Weltweit im Einsatz:
Schweizer Helferinnen und Helfer lindern Not

UNO-Beitritt

Als beratender Staat geniesst die Schweiz auch bei der UNO Ansehen und ihre Stimme wird gehört. Bei verschiedenen Unter- und Sonderorganisationen ist die Schweiz Mitglied und leistet einen Beitrag. 1997 hat die Schweiz auf diese Weise 470 Mio. Franken ans Budget der UNO und ihrer Sonderorganisationen beigesteuert. Die SVP lehnt einen UNO-Beitritt hingegen ab, weil er mit der Neutralität nicht vereinbar ist.

Entwicklungszusammenarbeit – Flüchtlingshilfe

Der Bund leistet jährlich einen beträchtlichen Beitrag an Entwicklungszusammenarbeit und Flüchtlingshilfe. Die SVP steht zur humanitären Tradition der Schweiz. Hilfe vor Ort muss aber im Vordergrund stehen. Die Entwicklungsgelder sind verstärkt in den Dienst der Flüchtlingspolitik zu stellen. Die SVP fordert, dass Gelder an strenge Bedingungen geknüpft werden: Länder, die ihre Landsleute nach abschlägigem Asylgesuch nicht zurücknehmen, sollen keine Unterstützung erhalten. Hilfe soll denjenigen Staaten zugute kommen, die sich um ein gerechtes und demokratisches Staatswesen bemühen.

Solidaritätsstiftung

Der Bundesrat glaubte, mit der Ankündigung der Stiftung aus den Reserven der Nationalbank die Schweizerische Solidarität unter Beweis stellen zu müssen. Mit der Stiftungsidee mit unklarem Zweck wurden jedoch falsche Signale gesetzt. Die Jubiläumsspende wird vom Ausland als Schuldbekenntnis umgedeutet. Die Folge sind Erpressungen im Namen der Holocaust-Opfer. Ein Nein zur Stiftungsidee ist aussenpolitisch unumgänglich und wird der Schweiz Respekt eintragen. Ein Ja würde dagegen unweigerlich zu neuen Forderungen führen.

Die SVP fordert als Alternative die Nutzung der Erträge aus der Bewirtschaftung der überschüssigen, d.h. für die Währungspolitik nicht benötigten, Goldreserven der Nationalbank zu Gunsten des AHV-Fonds. Mit der Sicherung dieses Sozialwerks könnte ein zukunftsorientierter Solidaritätsbeitrag für alle geleistet werden. Voraussetzung dafür ist eine vorgängige strukturelle Sicherung der AHV.

Echte Solidarität lässt sich nicht erpressen

STANDPUNKTE:

68 **Die SVP ist solidarisch mit den Bedürftigen im eigenen Land**

69 **Die SVP unterstützt den Zusammenhalt und Ausgleich zwischen den Regionen unseres Landes**

70 **Die SVP steht ein für eine Schweiz, die sich jeder Erpressung widersetzt**

71 **Die SVP fordert Eigenverantwortung statt Anspruchsmentalität**

72 **Die SVP tritt ein für eine neutrale, unabhängige Schweiz der Guten Dienste**

73 **Die SVP lehnt einen UNO-Beitritt ab**

74 **Die SVP schlägt den Einsatz der Erträge aus den überschüssigen Währungsreserven für die AHV vor**

SOZIALE SICHERHEIT

Die Sozialwerke sind eine zentrale Errungenschaft der modernen Schweiz, für deren Erhaltung und Sicherung die SVP sich einsetzt.
Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung konnte die soziale Sicherheit während Jahren stetig über das Notwendige hinaus ausgebaut werden. Heute sind wir aber auf einem gefährlichen Weg: Bürgerinnen und Bürger werden mehr und mehr in die Abhängigkeit getrieben, indem der Staat immer höhere Steuern, Abgaben und Lohnprozente verlangt, um sie in Form von Sozialleistungen wieder zu verteilen. Durch die Kostenexplosion im Sozialwesen stellt sich zudem die Frage, welche Leistungen der Staat erbringen kann und soll, und wie vorhandene Mittel am effizientesten eingesetzt werden können.
Das zentralisierte System und die hohen Prämien und Lohnabzüge führen zu immer mehr Missbräuchen. Die Eigenverantwortung muss wieder ins Zentrum der Sozialpolitik gerückt werden. Ein Ausbau des Sozialstaates ist heute weder notwendig noch finanzierbar. Die SVP wendet sich gegen neue Zwangsversicherungen und Sozialwerke, die nach dem Umverteilungsprinzip funktionieren. Für die langfristige Sicherung und Sanierung der bestehenden Sozialwerke ist eine vernünftige Gesamtstrategie zu erarbeiten.

AHV/IV

Die AHV/IV ist das zentrale Sozialwerk. Sie soll zusammen mit den Ergänzungsleistungen den Existenzbedarf der Betagten und Behinderten angemessen decken. Die Kernfunktionen dieser Versicherung sind unbedingt zu erhalten.
Die demographische Entwicklung unserer Bevölkerung und die wirtschaftliche Rezession in den vergangenen Jahren stellen die AHV/IV vor finanzielle Probleme. Diese sind nachhaltig und ohne weitere Lohnprozente zu lösen, unter anderem durch eine bessere Bewirtschaftung der Fondsgelder. Es ist der Übergang vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren zu prüfen. Die SVP fordert zudem den Einsatz der Erträge aus den für die Währungspolitik nicht benötigten Goldreserven für die AHV/IV.
Im Interesse der Zukunft der AHV/IV befürwortet die SVP das gleiche Rentenalter für Mann und Frau, eine Flexibilisierung des Rentenalters und die Anpassung der Witwen- und Witwerrenten bei genügender sozialer Abfederung. Zudem ist der IV-Leistungskatalog zu überprüfen und die Motivation zur Eingliederung von Behinderten in die Arbeitswelt zu fördern.
Primär gilt es, den demographiebedingten Mehrbedarf zu decken. Für teure neue Leistungen besteht kein Raum. Die SVP fordert den Bundesrat auf, die langfristige Zielrichtung der Sozialwerke auch im Hinblick auf die bilateralen Verträge mit der EU darzulegen.

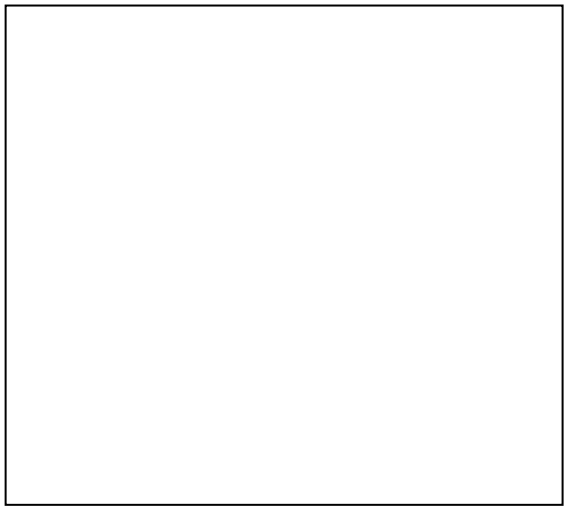
Berufliche Vorsorge und dritte Säule

In Ergänzung zur AHV sind zweite und dritte Säule heute von grösserer Bedeutung. Erst sie sichern den Erhalt des gewohnten Lebensstandards im Alter. Ihre Ausgestaltung ist heute befriedigend und effizient. Zweite und dritte Säule dürfen in ihrer Grundausrichtung nicht angetastet werden. Anzustreben sind jedoch familienfreundlichere Systeme.

Krankenversicherung

Die SVP vertritt eine sozial und finanziell tragbare Gesundheitspolitik. Die Kosten des Gesundheitswesens müssen stabilisiert werden. Die Prämien müssen sinken.

Im internationalen Vergleich hat die Schweiz inzwischen das teuerste Gesundheitswesen in Europa und das Zweitteuerste der Welt nach den Vereinigten Staaten.



Die Kosten im Gesundheitswesen explodieren

Die Gründe für die Kostenexplosion im Gesundheitswesen sind vielfältig: Der Preisanstieg in der Gesundheitspflege, insbesondere der Spitalaufenthalte, das krasse Überangebot medizinischer Leistungen, höhere Behandlungs- und Komfortansprüche, die Alterung der Bevölkerung sowie der übermässige Konsum von Gesundheitsdienstleistungen durch Versicherte dank der erweiterten Deckung von Leistungen durch die Krankenkassen. Alle am Gesundheitswesen Beteiligten sind nun gefordert, ihren Teil zur Kostensenkung beizutragen.

Es geht nicht an, durch immer höhere Krankenkassenprämien die Kosten decken zu wollen. Im Gegenteil: Die Prämien müssen endlich wieder auf ein erträgliches Mass gesenkt werden können. Die SVP fordert deshalb eine Verkleinerung des obligatorischen Leistungskatalogs, eine Erhöhung der Franchise, eine Reduktion des Überangebots im Spitalbereich, aber auch einen verbesserten Risikoausgleich unter den Krankenkassen. Zudem sollten zur Entlastung der Familien Kinder, wo nötig, von Prämien befreit werden können.

ALV

s. Kapitel Arbeitslosigkeit

Sichere Sozialwerke für die künftigen Generationen ohne neue Steuerlasten

STANDPUNKTE:

76 **Die SVP fordert mehr Eigenverantwortung**

77 **Die SVP tritt ein für das flexible Rentenalter 65 für Mann und Frau bei entsprechender Rentenkürzung**

78 **Die SVP lehnt die Finanzierung der Sozialversicherungen über weitere Lohnprozente ab**

79 **Die SVP fordert gezielte Korrekturen statt einen Ausbau der Sozialversicherung**

80 **Die SVP setzt sich ein für tiefere Krankenkassenprämien durch**

- **einen kleineren obligatorischen Leistungskatalog**
- **höhere Franchisen**
- **Reduktion des Überangebotes im Spitalbereich**

- **gleiche Rahmenbedingungen für öffentliche und private Spitäler**
- **einen verbesserten Risiko-ausgleich**

SPORT

Die SVP ist dem Sport in besonderer Weise verbunden und stellt mit Bundesrat Adolf Ogi den Sportminister. Sie misst dem Breiten- und dem Spitzensport grosse gesellschaftspolitische Bedeutung zu. Die SVP befürwortet deshalb den vielfältigen Sport in den Schulen aller Stufen, Jugend und Sport (J+S) sowie den Breitensport, insbesondere auch den Seniorensport.

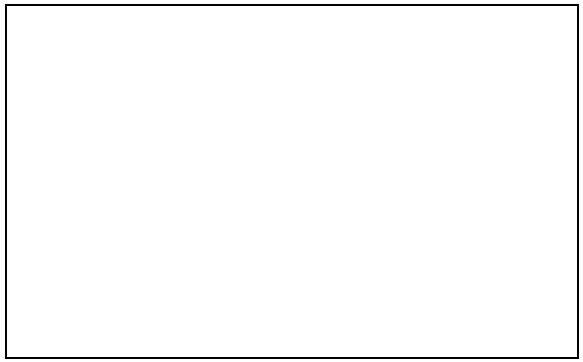
Sport und Gesellschaft

Sport ist für die Gesellschaft von grundlegender Bedeutung. Er ist Lebensschule und ideale Begegnungsform zugleich. Sport ist vor allem auch Spass und leistet einen bedeutenden Beitrag zur Volksgesundheit und damit zur Kostensenkung im Gesundheitswesen.

Für Jugendliche bietet der Sport sinnvolle Freizeitbeschäftigung und Entfaltungsmöglichkeiten. Das Jugend und Sport- Förderwerk muss deshalb erhalten und ausgebaut werden. Als Grundlage für die Sportförderung befürwortet die SVP auch das Nationale Sportanlagen- Konzept (NASAK).

Sport fördert Kommunikation und Teamfähigkeit. Besonders die Sportvereine nehmen hier eine grosse Verantwortung in der Gesellschaft wahr. Sie sind Begegnungsstätten von Jung und Alt, ermöglichen Kontakte über gesellschaftliche, kulturelle und sprachliche Grenzen hinweg.

Sport für alle soll auch die rund eine Million älteren Menschen miteinschliessen. Die Förderung des Seniorensports ist ein Thema, das noch intensiver angegangen werden muss. Die SVP setzt sich dafür ein, dass Gelder aus dem Lotteriefonds vermehrt zur Förderung des Breitensports und insbesondere des Seniorensports verwendet werden.



Bundesrat Adolf Ogi beim täglichen Jogging

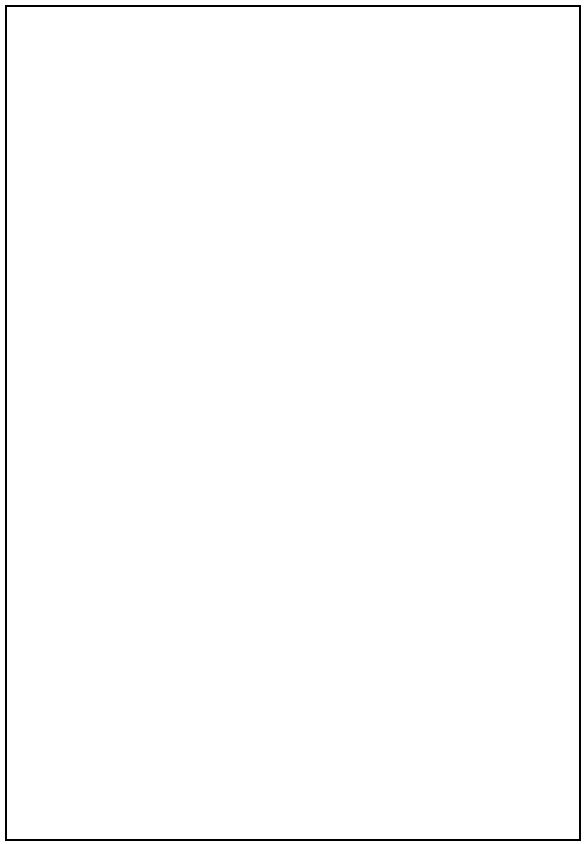
Sport und Wirtschaft

Der Sport ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. 16 Milliarden Franken, d.h. rund vier Prozent des Bruttosozialproduktes werden in diesem Bereich in der Schweiz jährlich umgesetzt. Dies entspricht etwa der Grössenordnung der Landwirtschaft. Der wirtschaftlichen Bedeutung ist auch in der Organisation auf Bundesebene Rechnung zu tragen. Die öffentlich-rechtlichen Aufgaben im Sport müssen konzentriert und koordiniert werden können. Die SVP befürwortet deshalb, dass die Kompetenzen innerhalb der verschiedenen Departemente und Ämter an einem Ort zusammengefasst werden. Mit einem Bundesamt für Sport können auch die Rahmenbedingungen für den Spitzensport verbessert werden. Denn ohne Spitzensport gibt es keinen Breitensport.

Nachwuchstalente müssen besser gefördert werden, indem Schule und Sport in idealer Weise aufeinander abgestimmt werden. Die Politikerinnen und Politiker der SVP setzen sich immer wieder ein für private Sportschulen und

öffentliche Schulen, die professionelle Sportausbildung und Schulunterricht verbinden.

Zur Unterstützung des Spitzensports muss auch die Armee nach besseren Lösungen suchen. Während der Dienstzeit soll Sportlern ein optimales Training ermöglicht werden.



Die SVP unterstützt Sportgrossanlässe

Sport und Image

Die Durchführung von sportlichen Grossereignissen wie die Olympischen Winterspiele "Sion- Valais- Wallis- Switzerland 2006" und die Ski- Weltmeisterschaft St. Moritz/Pontresina sind von zentraler Bedeutung. Als nationale Ereignisse mit weltweiter Ausstrahlung sind sie die Visitenkarte des Wirtschaftsstandortes und Tourismuslandes Schweiz. Unser Land erhält so die Gelegenheit, seine Gastfreundschaft unter Beweis zu stellen, die landschaftliche Vielfalt zu präsentieren sowie für seine Produkte und Dienstleistungen zu werben. Wir können und müssen uns solchen Herausforderungen stellen.

Ohne Breitensport kein Spitzensport

–

Ohne Spitzensport kein Breitensport

STANDPUNKTE:

81 **Die SVP tritt ein für vielfältigen Sportunterricht an den Schulen aller Stufen**

82 **Die SVP setzt sich ein für private Sportschulen und öffentliche Schulen, die professionelle Sportausbildung und Schulunterricht ideal verbinden**

83 **Die SVP setzt sich ein für mehr Mittel aus dem Lotteriefonds für den Breiten- und Seniorensport**

84 **Die SVP unterstützt Sportgrossanlässe wie die Ski-WM St. Moritz/Pontresina 2003 und Sion 2006**

STAAT

Zentrale Aufgabe des Staates ist es, für Sicherheit und Wohlfahrt der Bevölkerung zu sorgen. Der Staat hat die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit jede und jeder auf der Basis der Eigenverantwortung eine Existenz aufbauen und erhalten kann. Im Notfall soll er auch unterstützend eingreifen.

Nur ein handlungsfähiger Staat kann seine Aufgaben erfüllen. Unser Staat hat diese Handlungsfähigkeit in den letzten Jahren mehr und mehr verloren: Einerseits reichen die Strukturen nicht mehr aus, um die immer komplexeren Probleme zu lösen. Andererseits übernimmt der Staat immer mehr Aufgaben.

Der Staat muss wieder funktionieren

Unser schweizerisches Regierungssystem geht in seinen Grundstrukturen auf die Gründung des Bundesstaates von 1848 zurück und hat sich insgesamt gut bewährt. Verschiedene Anpassungen wurden richtigerweise vorgenommen. Trotz wachsender Aufgaben von Regierung und Verwaltung blieb unser Regierungsorgan, der Bundesrat, aber bis heute unverändert.

Der Bundesrat und mit ihm unser Regierungssystem sollten „fit sein" für die immer komplexer werdenden Sachfragen und das kommende 21. Jahrhundert. Die SVP unterstützt deshalb eine Reform der Staatsleitung.

Ja zu den Volksrechten

Die direkte Demokratie und damit die Volksrechte schützen die Bürgerinnen und Bürger vor der überbordenden Staatsgewalt. Auch in der neuen Verfassung soll dies gewährleistet sein. Ein Beschneiden der Volksrechte kommt für die SVP nicht in Frage. Das Volk soll auch in Zukunft die Staatsgewalt über Initiativen und Referenden steuern. Zudem ist das Staatsvertragsreferendum auszubauen.

Der Mittelstand trägt den Staat

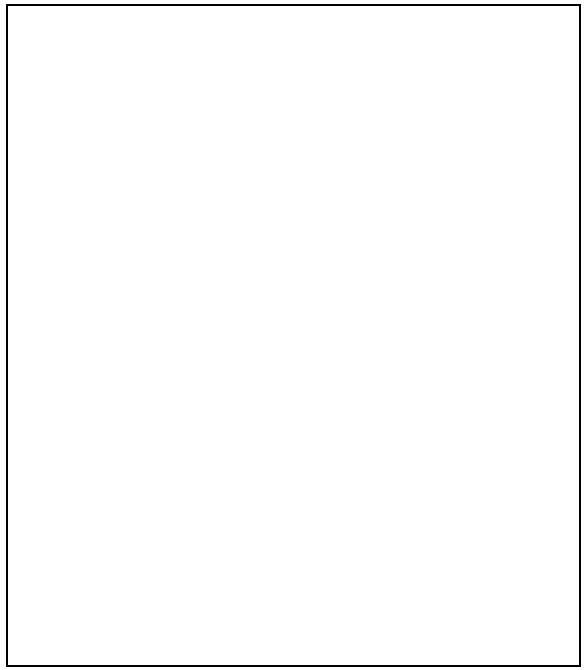
Der Mittelstand ist die tragende Säule des Staates. Er übernimmt Verantwortung und verbindet Bewährtes mit Neuem. Er setzt aber auch darauf, dass jeder die Früchte seiner Bemühungen und Leistungen ernten kann.

Der Mittelstand hat am meisten darunter zu leiden, dass der Staat immer mehr Aufgaben übernimmt: Zum einen wird er mit einer Regelflut in seiner Handlungsfreiheit eingeschränkt. Zum anderen wird er mit Steuern und Abgaben zur Finanzierung der wachsenden Staatsausgaben mehr als andere belastet.

Besonders deutlich wird die Situation des Mittelstandes, wenn man einen Blick auf die Verteilung des Wohneigentums wirft: Die Schweiz ist ein Volk von Mietern. Nur 33 % der Bevölkerung verfügen über Wohneigentum. Am wenigsten vertreten ist dabei die mittlere Einkommensklasse zwischen 50‘000 bis 70'000 Franken! Eigentum sollte jedoch bei entsprechenden Bemühungen allen offenstehen. Die hohe Steuerlast sollte nicht diejenigen bestrafen, die sich bemühen, Altersvorsorge in Form von Eigentum zu ersparen. Der Mittelstand sollte hier auf den Staat und die Belohnung der Eigenverantwortung zählen können.

Kompetente Frauen statt verordnete Quoten

Direkte Demokratie sowie die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau sichern auch den Frauen ihr Mitspracherecht in der Politik. Die SVP erachtet deshalb staatlich verordnete Quotenregelungen für unnötig. Frauen machen ihren Weg dank ihrer Kompetenz und ihren Fähigkeiten.



Die Regierungsrätinnen der SVP: Rita Fuhrer, Eveline Widmer und Elisabeth Zölch

Beziehungen des Staates zum Ausland

Der Bund hat auch die Aufgabe, die Schweiz gegenüber dem Ausland zu vertreten. In den letzten Jahren ist das Vertrauen der Bevölkerung in die Gradlinigkeit seiner Politik jedoch geschwunden. Entscheidungen wie das Einreichen des Beitrittsgesuchs zur EU haben die Bevölkerung verunsichert und die Verhandlungsposition der Schweiz geschwächt. Die SVP setzt sich als einzige Bundesratspartei dafür ein, dass der Wille des Volkes respektiert wird. Sie fordert deshalb, dass der Bundesrat gegenüber dem Ausland klar für Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz einsteht.

So viel Staat wie nötig,
so wenig Staat wie möglich

STANDPUNKTE:

85 **Die SVP verteidigt die Eigenständigkeit und Neutralität der Schweiz**

86 **Die SVP tritt ein für die Volksrechte**

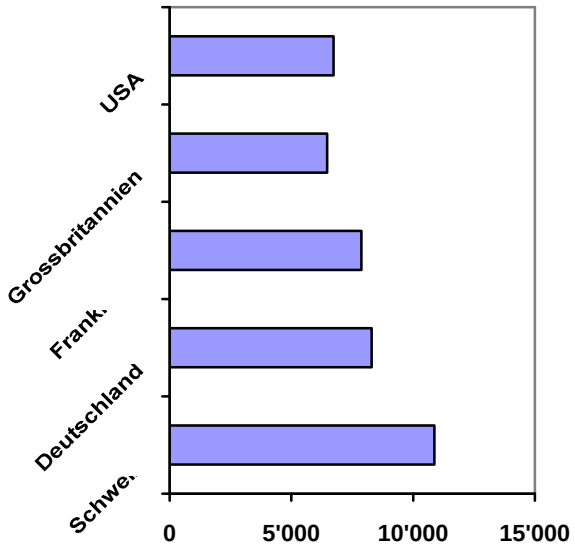
87 **Die SVP bekämpft die Behinderung des Gewerbes durch bürokratische Auflagen**

88 **Die SVP fordert die Erleichterung des Erwerbs von Wohneigentum und die Förderung des Bausparens**

89 **Die SVP fördert die Frauen ohne Quoten**

STEUERN

Die Steuerbelastung beträgt in der Schweiz 10'871 Franken pro Kopf und Jahr. Dabei sind die Sozialversicherungskosten noch nicht einmal einberechnet.



Schweizerinnen und Schweizer zahlen viel - viel zu viel!

Die Schweizerinnen und Schweizer liefern pro Kopf an Steuern weltweit am meisten ab. Gerade für den Mittelstand hat die Belastung ein Mass erreicht, das die Existenz bedroht. Dazu haben insbesondere die „modernen“ Steuern in Form von Gebühren, Abgaben und Lohnprozenten beigetragen. Und noch immer wird von neuen Steuern gesprochen. Die SVP tritt dafür ein, dass hier nicht nur ein Riegel geschoben wird, sondern die Staatsquote gesenkt werden kann.

Die Steuerbelastung der Unternehmen

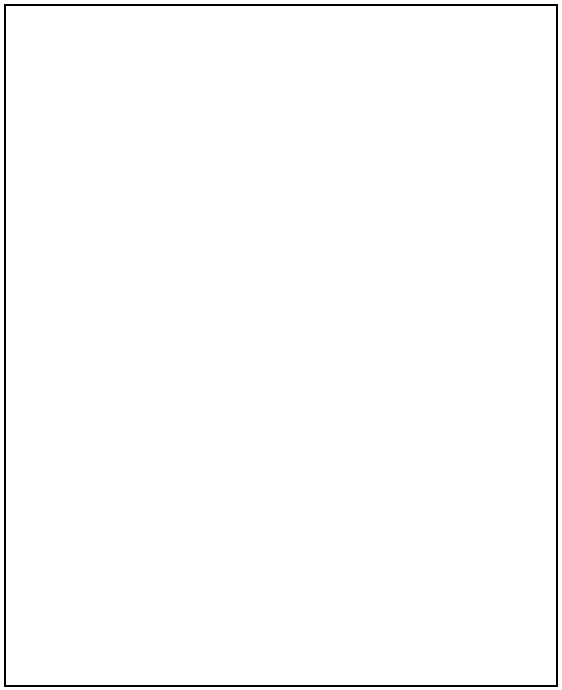
Ein günstiges Steuerklima ist ein entscheidendes Element für die Standortattraktivität. Dies gilt sowohl für bestehende wie auch neue Betriebe. Mit zu hohen Steuern vertreibt man Firmen und damit Steuerzahlende ins Ausland. Tiefe Steuern dagegen bringen neue Steuerzahlende ins Land.

Die Schweiz belastet heute im Gegensatz zu anderen Ländern die Unternehmen zweimal: Unternehmensgewinne werden zuerst mit einer Ertragssteuer und dann noch einmal mit der Einkommenssteuer belegt. Bedenklich ist auch, dass Schweizer Unternehmen bis zu acht Steuerarten zu leisten haben, was jährliche Verwaltungskosten von durchschnittlich 14'000 Franken pro Unternehmung verursacht! Der Steuerstandort Schweiz ist also zum Wohle der gesamten Volkswirtschaft noch deutlich zu optimieren. Verbesserungen des Steuerklimas würden sich auch für die KMU und somit für die gesamte Schweiz lohnen. Insbesondere die direkte Bundessteuer ist unter die Lupe zu nehmen. Letztlich trägt die Senkung der Staatsquote dazu bei, dass Arbeitsplätze erhalten werden.

Die Steuerbelastung des Einzelnen

Die Steuerbelastung für die Bürgerinnen und Bürger darf nicht weiter steigen. Diese Belastung, insbesondere die Progression, ist es, die den Mittelstand langsam aussterben lässt. Steuerliche Verbesserungen würden nicht nur der Wirtschaft, sondern auch allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen. Heute passiert genau das Gegenteil: Bundesrat und Parlament suchen immer neue Möglichkeiten zur Erhebung von Steuern und Abgaben: LSVA, Alpentransitabgabe, Energielenkungsabgaben, Benzinpreiserhöhung, CO_2-Abgabe, Solarrappen, Kapitalgewinnsteuer, Stempelabgaben, zusätzliche Lohn- und

Mehrwertsteuerprozente sowie eine Erhöhung der AHV-Beiträge für Selbständigerwerbende.



Der Steuervogt ruft – der Mittelstand stirbt

Kurzsichtige "Rachefeldzüge" gegen Leute mit hohen Einkommen bringen keine Steuererleichterung für niederere Einkommen. 20 % der Bevölkerung kommen heute für 80 % der Steuern auf. Niemand kann ein Interesse daran haben, dass Steuerzahler ins Ausland abwandern. Geschieht dies, haben die Verbleibenden für die Kosten des Staates aufzukommen. Das hiesse also höhere Steuern für alle, insbesondere für den Mittelstand und den "normalen" Steuerzahler. Deshalb wendet sich die SVP gegen die Kapitalgewinnsteuer. Mehr Steuergerechtigkeit durch eine Steuerbelastung nach finanzieller Leistungsfähigkeit ist das Ziel, das es zu verwirklichen gilt.

Gesunder Steuerwettbewerb

Die SVP spricht sich ausdrücklich für den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und zwischen den Gemeinden aus. Ein gesunder, funktionierender Steuerwettbewerb ist eine der wirksamsten Bremsen gegen eine überbordende Ausgabefreudigkeit des Staates und schützt die Bürgerinnen und Bürger vor übermässiger Steuerbelastung. Mit tiefen Steuern können potente Steuerzahler angelockt werden. Anfängliche Steuerausfälle werden so mehr als ausgeglichen und von den tieferen Steuern profitieren letztlich alle.

Schluss mit immer neuen Steuern und Abgaben

STANDPUNKTE:

90 **Die SVP bekämpft neue und zusätzliche Steuern und fordert eine Senkung der Steuerquote**

91 **Die SVP tritt ein für eine Steuerreform, die für ein gerechteres Steuersystem sorgt anstatt versteckte Mehreinnahmen für den Staat einzubringen**

92 **Die SVP setzt sich ein für einen steuergünstigen Unternehmensstandort Schweiz**

VERKEHR

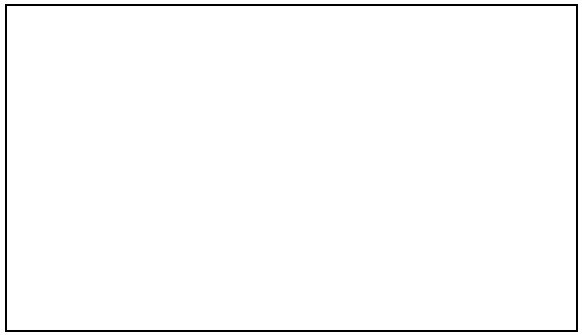
Ein gut ausgebautes Verkehrsnetz und damit die Sicherung der Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung aller Wirtschaftsregionen des Landes. Das Bedürfnis nach Mobilität von Personen und Gütern ist in den letzten Jahrzehnten stets gestiegen und wird auch in Zukunft weiter steigen.
Das Verkehrsnetz muss sich besser an den Bedürfnissen des Marktes orientieren. Es gilt, eine Verkehrspolitik zu definieren, die auf dem Grundsatz der freien Wahl der Verkehrsmittel beruht und die Mobilitätsbedürfnisse befriedigt. Der sorgfältige Umgang mit der Natur und der Energie sind dabei selbstverständlich. Kein Verkehrsträger darf aus ideologischen Gründen gegen einen anderen ausgespielt werden. Öffentlicher und privater Verkehr können die Bedürfnisse nur gemeinsam befriedigen.

Leistungsfähige Strassen

Die SVP setzt sich für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Strasse ein, und damit für die Wahrung der Mobilitätsinteressen aller Regionen und deren Bevölkerung. Auf dem gesamten Nationalstrassennetz ist ein optimaler Verkehrsablauf zu gewährleisten. Die SVP tritt deshalb ein für die rasche Fertigstellung der fehlenden Nationalstrassenabschnitte, einen Ausbau der Gotthardzufahrten und der A1, wo nötig auf sechs Spuren, sowie eine zweite Röhre am Gotthard. Die Staugefahr bei den Strassenarbeiten ist durch eine intensive und weniger aufwendige Bauweise auf ein Minimum zu reduzieren.
In Ballungsgebieten sind zur Bewältigung der Verkehrsprobleme ausgewogene Lösungen anzustreben wie z.B. flüssige Verkehrsregelung und Ortsumfahrungen. In den Stadtzentren sind Parkhäuser zu erstellen. Verkehrsbehindernde Massnahmen lehnt die SVP entschieden ab. Sie tragen nicht zur Verminderung der Schadstoffe bei, sondern verursachen durch Staus sogar mehr Abgase.
Berg- und Randgebiete sind besonders auf ein gutes Strassennetz angewiesen. Der Ausbaustand der Hauptstrassen entspricht nicht mehr dem Verkehrsaufkommen und es besteht Erneuerungsbedarf. Der Bund muss den Kantonen für Erstellung und Unterhalt eines leistungsfähigen Netzes von Haupt- und Nationalstrassen die nötigen Mittel zur Verfügung stellen.

Optimaler öffentlicher Verkehr

Die SVP setzt sich ein für einen bedarfsgerechten öffentlichen Verkehr. Die Schweiz liegt im Herzen Europas und ist daher im Zentrum des internationalen Reise- und Transitverkehrs. Die Eingliederung unseres Landes in das Hochgeschwindigkeitsnetz des europäischen Personenverkehrs (z.B. TGV, ICE, Pendolino) ist von entscheidender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort und das Tourismusland Schweiz. Hierzu ist eine Ergänzung des schweizerischen Schienennetzes ohne Zweifel unabdingbar. Im Zentrum stehen die Volksbeschlüsse von 1998. Dabei dürfen Ausbau und Finanzierung der NEAT nicht zu Lasten des öffentlichen Agglomerations- und Regionalverkehrs gehen.



Miteinander mobil (Strasse, Schiene, Luft)

Mit dem Alpenschutzartikel sollte im Interesse des Alpenraumes die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene erreicht werden. Die Strategie erwies sich jedoch als falsch. Die SVP fordert deshalb eine Korrektur des Artikels. Nicht der alpenquerende Güterverkehr von Grenze zu Grenze, sondern der *Güterverkehr über lange Distanzen* ist anzuvisieren. Im Sinne der Volksbeschlüsse von 1998 ist diese Verlagerung des Güterverkehrs zur Entlastung von Strassennetz und Umwelt in geeigneter Weise zu fördern.

Ja zum Transportgewerbe

Die Schweiz ist zur Erschliessung von Wohn-, Gewerbe- und Industriegebieten auf ein leistungsfähiges Transportgewerbe angewiesen. Die Feinverteilung des Güterverkehrs kann nur auf der Strasse bewältigt werden, während für den Fernverkehr im Rahmen der Möglichkeiten auch die Schiene zu nutzen ist. Fast die Hälfte aller Tonnenkilometer im Güterverkehr werden auf der Strasse geleistet. Die Politik darf diesen bedeutenden Wirtschaftszweig nicht über Gebühr belasten.

Flugverkehr braucht Flughäfen

Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist auf gute Verkehrsverbindungen mit dem Ausland angewiesen. Insbesondere der internationale und interkontinentale Luftverkehr ist in dieser Hinsicht von immer grösserer Bedeutung. Die SVP steht im Landesinteresse für eine leistungs- und konkurrenzfähige nationale Luftfahrt ein. Dies setzt auch einen Leistungswettbewerb auf nationaler Ebene voraus. Eine zeitgemässe Infrastruktur ist dabei unabdingbar. Der Ausbau von Flughäfen darf deshalb nicht behindert werden.
Die allgemeine Luftfahrt übernimmt neben der Arbeits- und Geschäftsfliegerei auch wichtige Funktionen im Such- und Rettungsdienst sowie bei Kranken- und Versorgungstransporten und in der Pilotenausbildung. Als wichtiger Verkehrsträger und Wirtschaftsfaktor sollte die Luftfahrt nicht durch die hohe Regelungsdichte der Schweiz ins Ausland verdrängt werden.

Für eine optimale Infrastruktur zur Sicherung der Mobilität nach Mass

STANDPUNKTE:

93 **Die SVP vertritt die freie Wahl der Verkehrsmittel**

94 **Die SVP fordert eine rasche Fertigstellung der fehlenden Nationalstrassenabschnitte und den Ausbau der Hauptstrassen, wo dies notwendig ist**

95 **Die SVP setzt sich ein für den Ausbau der A1 auf sechs Spuren, wo nötig, sowie für eine zweite Röhre am Gotthard und den Ausbau der Gotthardzufahrten**

96 **Die SVP befürwortet den Transport nicht verderblicher**

Güter über längere Distanzen mit der Bahn

97 **Die SVP lehnt verkehrsbehindernde Massnahmen ab**

WIRTSCHAFT, GEWERBE UND TOURISMUS

Eine gesunde Wirtschaft ist die Lebensgrundlage unseres Landes und seiner Bevölkerung. Nur mit einer florierenden Wirtschaft können die Bedürfnisse jedes Einzelnen gedeckt und ein Leben in Wohlstand gewährleistet werden.

Verbesserung der Rahmenbedingungen

Die Schweizer Wirtschaft wies in den vergangenen sieben Jahren mit einer Wachstumsrate von weniger als einem Prozent eine der schwächsten Leistungen der Industrieländer auf. Allerdings hatte unser Land in der 80er Jahren eine der höchsten Wachstumsraten. Der Wachstumsrückgang ist unter anderem auf die Verschlechterung des steuerlichen Umfeldes, nicht konkurrenzfähige Strukturen, wirtschaftliche Probleme unserer Handelspartner und den hohen Schweizer Franken zurück zu führen.

Mit dem laufenden Umstrukturierungsprozess wird das Fundament für eine bessere zukünftige wirtschaftliche Entwicklung gelegt. Die Schweiz wird damit letztlich wieder konkurrenzfähiger. Es ist nun an der Politik, durch optimale Rahmenbedingungen und ein attraktives Steuersystem das beginnende Wachstum zu unterstützen.

Sozialverträgliche Marktwirtschaft

Die SVP bekennt sich zum Leistungsprinzip. Trotzdem kann das Wirtschaftsverhalten nicht ausschliesslich den Marktkräften überlassen werden. Der Staat ist Garant einer Ordnung, welche Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Produzenten und Konsumenten umfasst. Die SVP strebt eine sozialverträgliche Marktwirtschaft an. Sie lehnt einen überbordenden Sozialstaat ab, in welchem die Eigenverantwortung immer weiter zurückgedrängt wird.

KMU (Kleine und mittlere Unternehmungen)

Die SVP setzt sich für die KMU und das Gewerbe ein. Sie belässt es dabei nicht nur bei Lippenbekenntnissen. Sie hat in den vergangenen Jahren verschiedene Anliegen formuliert und deren konsequente Umsetzung gefordert. An erster Stelle steht der Abbau von administrativem Aufwand und Einschränkungen, welche die freie Entfaltung des Gewerbes behindern. Gerade für die KMU sind die immer zahlreicher werdenden Auflagen kaum mehr zu erfüllen.

Wirtschafts- und Gewerbepolitik wird jeden Tag gemacht. Jede politische Entscheidung hat Auswirkungen auf Gedeih und Verderb der KMU. Hier zeigt sich, wer allein in Worten zu den KMU steht und wer Taten folgen lässt. Die SVP setzt sich tagtäglich für Entlastungen ein und hat bei jedem neuen Erlass das Wohl der KMU im Auge. Zu nennen sind hier unter anderem Umweltverordnungen, Gesundheitsauflagen oder das Gleichstellungsgesetz, Auflagen der Sozialversicherungsgesetze, Bauvorschriften, Steuergesetze und bürokratische Bewilligungsverfahren. Jede Auflage in den genannten Bereichen bedeutet eine Verschlechterung für die Situation der KMU.

Die staatliche Reglementierungsdichte wächst:

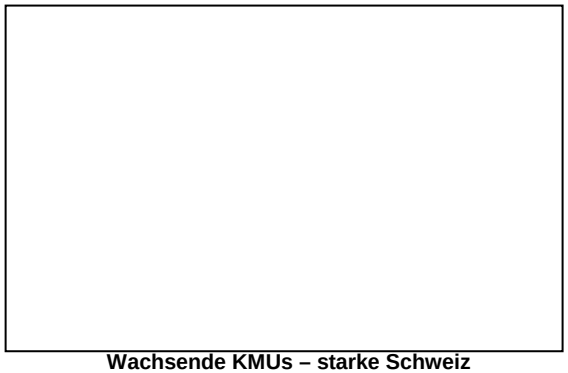
Gesetzessammlung
1947: 9000 gedruckte Seiten
1991: 20000 gedruckte Seiten

Jährliche zeitliche Belastung
Für mittlere Unternehmer 370 Stunden
Für Kleinunternehmer 200 Stunden

Die KMU erfüllen gesellschaftlich eine wichtige Aufgabe. Sie sichern rund 70 Prozent aller Arbeitsplätze in unserem Land. Dazu gehören viele Stellen, in denen die Arbeit für den einzelnen Menschen noch direkt erfahrbar ist. Das Verant-

wortungsgefühl gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist in diesen Struktu-

ren zudem besonders ausgeprägt. Zudem werden rund drei Viertel der Lehrlinge in den KMU ausgebildet. Somit sorgen die KMU nicht nur für die Arbeitsplätze der Zukunft, sondern auch für die Ausbildung der Fachleute der Zukunft. Den KMU kann und soll eine möglichst hohe Flexibilität geboten werden. Wo die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber problemlos funktioniert, soll der Staat nicht unnötig eingreifen.



Wachsende KMUs – starke Schweiz

Steuern und Abgaben

In der Schweiz sind die Unternehmungen durch Steuern und Abgaben über Gebühr belastet. Der Faktor Arbeit ist zu teuer geworden. Noch immer wird über weitere neue finanzielle Belastungen wie beispielsweise zusätzliche Mehrwertsteuer-

prozente oder Energieabgaben gesprochen. Diese sind für viele kleine Unternehmen nicht mehr zu verkraften. Es gilt, hier endlich Gegensteuer zu geben. Die Steuern müssen sinken. Steuerentlastungen sind letztlich billiger und wirksamer als Revitalisierungsprogramme, da sie die Wirtschaft schneller wieder ankurbeln.

Tourismus

Für viele Regionen ist der Tourismus von enormer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Mancherorts ist mehr als die Hälfte der Wertschöpfung direkt oder indirekt auf den Tourismus zurückzuführen. Mit insgesamt 300'000 Arbeitsplätzen ist er ein bedeutender Arbeitgeber; in Bergregionen gar der wichtigste Wirtschaftszweig. Aufwendige raumplanerische Verfahren und zusätzliche Mehrwertsteuerprozente belasten die Tourismuswirtschaft ganz besonders. Die SVP fordert deshalb eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für diesen Wirtschaftszweig.

Gesunde KMU

—

Gesunde Schweiz

STANDPUNKTE:

97 **Die SVP kämpft im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmungen für Steuererleichterungen und Abgabensenkungen sowie gegen neue Belastungen durch Sozialversicherungsgesetze und weitere Auflagen**

98 **Die SVP lehnt übertriebenen Statistikaufwand und administrative Umtriebe für Gewerbe und Wirtschaft ab**

99 **Die SVP setzt sich für verbesserte Rahmenbedingungen für einen modernen, hochwertigen und bedarfsgerechten Tourismus in der Schweiz ein**